

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch den Abnehmer 1,40 Pfg. für die Woche, 4,10 Pfg. für den Monat. Durch die Post 4,10 Pfg. für den Monat. Verlagsadresse: Nr. 23 885 „Engelstraße“ Verlag v. G. m. b. H., Dresden. Fernsprechnummer: 1119. Postfach: 1119.

Montag, den 6. Juni 1921

Anzeigenpreis: Die 8 Spaltenzeile (100 Zeichen) über deren Raum 0,80 Pfg. monatlich 0,80 Pfg. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Samstagsnummern, Verlags- und Veranlassungsanzeigen 0,40 Pfg. Kleinanzeigen: Die 8 Spaltenzeile, 3 Spalten über deren Raum im Satz 2,- Pfg.

Das Proletariat soll zahlen und bluten!

**50 Milliarden für die Entente!
90 Milliarden für die Oberrepublik!
Dazu die Milliarden für die Länder und Gemeinden!**

Das sind zusammen über 150 Milliarden Mark, die im Jahre 1921 aus dem „deutschen Volk“ zu ruhe und frommen des Kapitalismus herausgepreßt werden sollen. Im vergangenen Jahre waren es „nur“ 135 Milliarden. Am Schluß des Rechnungsjahres ergab sich ein Fehlbetrag von 85 Milliarden. Durch Steuern wurden 50 Milliarden gedeckt. Die Schuld des Reiches erhöht sich demnach bei Beginn des neuen Rechnungsjahres auf ungefähr 78 Milliarden. Wer die Steuern aufgebracht hat, erahnt sich klar aus den Abschlußziffern des Haushaltes. Alle Steuern, die man direkt (Vohnabzug) oder indirekt vom Proletariat einziehen konnte, haben den Vorkriegsschlag erreicht; die anderen jedoch, die besonders von den Besitzenden zu tragen waren, konnten infolge der „schwierigen“ Veranlagung, wie es so schön heißt, noch nicht „vollständig“ eingezogen werden. Die Kapitalisten werden nicht nur versuchen, die Lasten und Kosten des Krieges auf das Proletariat abzuwälzen, sondern sie haben es schon mit vollem Erfolge getan, und werden es auch weiterhin tun.

Steuern können vom Staat nur erhoben werden aus dem Mehrwert und dem Lohn der Arbeiter. Die Kapitalisten denken natürlich nicht daran, den Teil des Mehrwertes, den sie zum Leben — für Sekt, Trüffel und Wästel — brauchen, sich kürzen zu lassen. Sie werden zuerst dazu den Teil des Mehrwertes nehmen, den sie sonst zum Kapital schlagen, zur Vergrößerung und Verbesserung des Produktionsapparates, der Maschinen und Fabriken verwenden. Die Folge davon ist: Stillstand der Produktion, Verfall der Produktionsmittel, Maschinen von klandige Arbeitslosigkeit weiter Schichten, d. h. Steigerung und Rückfall in die Barbarei.

Und die Steuern und Tribute aber größer und greifen sie auf den Teil des Mehrwertes, den Kapitalisten zum Leben brauchen, — und das ist jetzt sicherlich infolge der neuen Forderungen der Kasse — so müssen die Kapitalisten, wenn sie bei ihrem Nichtstun nicht verhungern wollen, mehr Mehrwert aus den Proletariern herauspressen, um den Teil, den sie als Steuern weggeben oder der nach Frankreich abfließt, wieder in ihre Tasche zu bekommen. Vor dem Kriege machten es die Kapitalisten in solchen Fällen so, daß sie durch Verbesserung der Produktionsmittel die zur Erzeugung des Existenzminimums der Arbeiterschaft notwendige Arbeitszeit einschränkten und so durch die erweiterte Mehrarbeit mehr Mehrwert erzielten. Heute ist das nicht mehr möglich. Infolge der

Entziehung des zur Erweiterung und Verbesserung des Produktionsapparates bestimmten Teiles durch Steuern oder Tribute ist weder eine Verbesserung noch eine Vergrößerung möglich. Die Kapitalisten können heute die Mehrarbeitszeit nur dadurch vergrößern, daß sie die für die Erzeugung des Unterhalts der Arbeiterschaft notwendige Arbeitszeit ohne Rücksicht auf das Existenzminimum einschränken. Das genügt aber noch nicht, und die Kapitalisten haben noch einen anderen Weg, mehr Mehrarbeit, mehr Mehrwert herauszuschinden. Sie verlängern die Arbeitszeit! Das ist auch der ganze Sinn der Theorie des Wiederaufbauministers Rathenau von der Arbeitervertretung, die ebenfalls Herr Dernburg, nur etwas plumper, in der Forderung der „Reichsarbeitsstunde“ vertritt.

„Ihr müßt mehr arbeiten! Ihr Proletariat! 9 Stunden, 10, 11 Stunden!“

Auf diesen Punkt allein hat eine Arbeiterpartei bei dieser Krage die Arbeiter hinzuweisen. Was geht uns das ganze Geschwätz der Bourgeoisie über Zahlungsfähigkeit oder Unfähigkeit an, das die „Freiheit“ wortgetreu wiederholt. Wie die Steuern auch im einzelnen ausfallen mögen, die Tatsache bleibt bestehen, daß, solange die Kapitalisten noch die Macht haben, sie alle Lasten auf das Proletariat abwälzen werden und müssen; denn der Kapitalismus ist am Ende seiner Kraft. Sein Leben kann nur auf Kosten des Proletariats verlängert werden. Die fleigende Ententebourgeoisie wälzt ihre Lasten auf die Besitzenden ab. Zugleich gibt sie der deutschen Bourgeoisie ein Mittel in die Hand, ihre Lasten wiederum reiflos auf das deutsche Proletariat abzuwälzen. Die Schuldscheine, die die deutsche Regierung für die Reparation ausgibt, können von den deutschen Kapitalisten gekauft werden und sind nach dem Vertrag vollkommen steuerfrei! Die Folgen der ganzen Finanzwirtschaft für das Proletariat aber sind:

- zunehmende Arbeitslosigkeit
- wachsende Verelendung
- verlängerte Arbeitszeit.

Das Proletariat muß zahlen! Das Proletariat soll bluten. Bei Strafe ihres Unterganges müssen die deutschen Proletarier unermüdet den Kampf aufnehmen gegen die Steuerabwälzung der Kapitalisten!
Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit!
Gegen jeden Lohnabbau!
Für Annullierung aller großen Staats- und Kriegsanleihen!
Für Konfiskation der Vermögen der Fürstenthümer, der Königs- und Revolutionsgewinnler!

Münchener Lehren.

Zum 2. Jahrestage von Eugen Levins Todestag.

Die Rechtssozialisten und Unabhängigen pflegen heute mehr denn je die einer nicht zum vollen Siege gelangenden Aktion folgende weiße Justiz den Kommunisten in die Schuhe zu schieben mit der Begründung, daß die Kommunisten durch ihren „frühzeitigen“ Kampf „ohne Verbindung“ mit den übrigen Organisationen der Arbeiterschaft die Hauptverantwortung für weißen Terror und weiße Justiz trügen. Wenn wir aber die nur kurze Geschichte der revolutionären Bewegung in Deutschland nachblättern, so finden wir, daß gerade bei den Erhebungen des revolutionären Proletariats, deren politische Ziele am weitesten gesteckt waren, die Unabhängigen und die Rechtssozialisten zunächst viel größeren Einfluß hatten als die Kommunisten. Das gilt für die Januarwoche 1919 in Berlin, das gilt in noch ausgeprägterem Maße für die Ausrufung der Räterepublik in München. Die rechtssozialistischen und unabhängigen Führer Münchens drängten im April 1919 zur Proklamierung der bayerischen Räterepublik und gefertigten gegen die Kommunisten, die damals unter der Leitung des klaren, klugen und doch willensstarken Genossen Eugen Levins zwar für die Befestigung aller Machtpositionen des Proletariats, aber gegen die Proklamierung einer Räterepublik auftraten. Eine Räterepublik auszurufen hat nur dann einen politischen Sinn, wenn sich die politischen Arbeiterräte bereits gebildet und die Macht an sich gerissen haben. Die Münchener Kommunisten warden sich aber mit Recht dagegen, daß nach dem Willen einiger SPD- und USF-Führer die Proklamierung vom grünen Tisch aus vorgenommen wurde. Die Kommunisten blieben deshalb ursprünglich auch dem Vollzug fern und übernahmen keinerlei Vollkommunismorate. Sie wirkten dafür um so energischer in den Vollversammlungen der Räte und in den Betrieben zur Aufklärung über die Ziele und die notwendigen Mittel zur Verwirklichung des Kommunismus. Erst als die Konterrevolution einen Rutsch zum Sturz der bestehenden Räterepublik unternahm und breitere Arbeitermassen in München sich bemüht dem Kommunismus zuzuwenden begannen und alle Vorschläge der Kommunisten annahm, übernahmen die Kommunisten die Mitverantwortung für die politische Wirksamkeit der bereits bestehenden Räterepublik.

Die Kommunisten wiesen damals darauf hin, daß das Proletariat mit Feinden von allen Seiten umgeben sei. Eine Erhaltung der Räterepublik war nur möglich durch den Kampf — nach dem Willen der bewaffneten Konterrevolution — durch den bewaffneten Kampf. Die Rechtssozialisten, soweit sie nicht gar bewußte Verräter waren, und die Unabhängigen glaubten aber auch damals noch, sich auf dem Wege der Verständigung mit dieser Konterrevolution, die rings um München ihre Kräfte konzentrierte, sich auf friedlichem Wege mit den Klassenfeinden des Proletariats verständigen zu können. Sie schämten den Aktionswillen und die Aktionskraft des Proletariats durch ihre Vorschläge und Verhandlungen, die der Konterrevolution nur Zeit ließen, sich zu rüsten, um dann das „Rote München“ um so blutiger zu erschlagen. Anders wie die Konterrevolution, die nach der Eroberung Münchens mit dem weißen Terror und der weißen Justiz wütete, suchten die Kommunisten durch planmäßige Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats, auch der militärischen, gegenüber der Konterrevolution einen Vorprung zu gewinnen. Aber selbst den Kompromißlern hat dieses sanfte Auftreten des Verhandlungs, das nur der Sache des revolutionären Proletariats schade, nichts genutzt: ein Teil von ihnen fiel dem sinnlosen Wüten der mordlustigen Bürgerbestie ebenfalls zum Opfer.

Es war kein leichteres, sondern ein schwereres Schicksal, das Eugen Levins traf, wenn er bei seiner Verhaftung Mitte Mai nicht sofort erschlagen, sondern für die „gefekliche“ Ermordung Anfang Juni aufbewahrt wurde. Aber dieses schwerere Los gab Levins die Möglichkeit, der Revolution noch weitere große Dienste zu leisten. Drei Wochen lang sah Levins Tag für Tag, Stunde für Stunde dem gewissen Tod ins Auge. In den Tagen der Gerichtsverhandlung vertrat er, der Verurteilte, der geistige und organisatorische Führer der ganzen Bewegung, noch einmal die Sache der Münchener Arbeiterschaft. Seine ruhigen, klaren und doch ergreifenden Worte zeigten selbst seinen Gegnern, daß der Kommunismus etwas anderes will als individuellen Egoismus und daß seine Träger nicht Verbrecher, sondern zugleich die nächsten Realpolitiker und die erhabenensten Realisten sind. Damals magte selbst die Konterrevolution noch nicht, politische Führer für all das verantwortlich zu machen, was ohne oder selbst gegen den Willen dieser Politiker hier oder dort, zeitlich aber nicht ursächlich im Zusammenhang mit der Massenaktion des Proletariats an Bösem oder überflüssigen geschehen sein mochte.

Das Urteil traf ihn, weniger als Sühne der Bourgeoisie für die Furcht, die sie einige Zeit vor dem Wasserwillen des Proletariats ausgestanden hatte, als aus Furcht vor der künftigen Tätigkeit eines Mannes, der

Beschärfung der Streiflage in England.

(L. U.) London, 4. Juni.

Godges hat offiziell mitgeteilt, daß die Vertretung des Bergarbeiterbundes die Reklamationen abgelehnt hat.

Sämtliche Grubenarbeiterbezirke, in denen Abkündigungen über die Vorschläge Lloyd Georges vorgenommen wurden, lehnten die Abkündigung ab. Die Ablehnung war überall einstimmig. Die kapitalistische Presse ist über die Haltung der Bergarbeiter konsterniert.

Berechnend für die Stimmung der Bergarbeitermassen ist der Beschluß der Grubenarbeiter in verschiedenen Distrikten, wonach von nun an der Streik nicht mehr um die Frage des Postes, sondern um die vollständige Expropriation des Grubenkapitals gehen soll. Der Vorsitzende des Distrikts Granchall erklärt auf eine befristete Frage des „Times“-Korrespondenten, ob denn die Arbeiter das Recht des Postes überhaupt anerkennen wollen, folgendes: Jawohl, wenn die Konkurrenz ist der Meinung, daß die Grubenarbeiter wieder in irgendeiner noch irgendein anderes Recht zur Entnahme von Posten aus den Gruben haben. Sämtliche Vertreter des Zentralvereinskomitees werden über diese Frage eine prinzipielle Entscheidung herbeiführen.

Streik der englischen Baumwollarbeiter.

Heute beginnt in London der Streik der Baumwollarbeiter. In der Grafschaft Lancashire, Derbyshire, Yorkshire werden 60 000 Arbeiter ihre Arbeit niederlegen. Bessern fand noch eine letzte Konferenz in Manchester statt. Ein Chuvotnehmen ist nicht erzielt worden.

Der Krieg in Irland.

(DA.) London, 4. Juni. Die Niederbrechung des Dubliner Soldates durch die Sinnfeiner hat die englische Regierung veranlaßt, sehr wesentliche Verstärkungen der englischen Garnisonen in Irland vorzunehmen. Laut Bericht des Kabinetts werden alle in Innerland verfügbaren Truppen nach Irland dirigiert. Es dürfte sich um rund 60 000 Mann handeln, die somit zu den schon in Irland stehenden Truppenteilen hinzutreten.

Aus Dublin wird gemeldet: Das Parlament der irischen Republik gibt bekannt, daß die Zerstörung des Soldates in Dublin auf Anordnung der republikanischen Regierung ausgeführt worden sei zu dem Zweck, die öffentlichen Dienstwege der irischen IRB und Steuern lahmzulegen. Das (illegale) Parlament hat dem Parlament das die Zerstörung des Soldates

gebäudes, das eine Zierde der Stadt Dublin war, Ausdruck erklärt aber, daß Freiheit und Leben von 4 Millionen Irändern höher ständen, als irgendein architektonisches Kunstwerk, und daß künstlich die irische Republik entschlossen sei, alle Gebäude, in denen der englische Feind Verwaltungsmittel unterbringe, die der republikanischen Bewegung hinderlich sein könnten, unbarmherziger Vernichtung auszuliefern.

Streik der Land- und Forstarbeiter in Steiermark.

Die Forst-, Säge- und Landarbeiter in Steiermark sind in den Streik getreten. Die seit zwei Monaten geführten Lohnverhandlungen haben sich gescheitert.

Die gegenrevolutionäre Aktion im Fernen Osten.

Die Aktion der gegenrevolutionären russischen Truppen im Fernen Osten entwickelt sich. Die Truppen Senenows befehlten am 23. Mai Nikolsh-Ussurijsk. Die Eisenbahnverbindung Wladivostok-Charbin ist unterbrochen. Die offiziellen Moskauer „Iswestia“ melden, daß Senenows Truppen in Wladivostok sich in den Besitz des Telegraphenamtes und des Bahnhofes gesetzt haben. Die Kämpfe in Wladivostok dauern an.

Kommunistenverfolgung in Lettland.

(CO) Riga, den 3. Juni. Sämtliche Mitglieder des Zentralkomitees der lettischen Kommunistenpartei wurden verhaftet.

Autonomie für Wilna.

Die polnischen und litauischen Unterhändler haben gestern früh die letzte Sitzung abgehalten. Es wurde ein Entwurf aufgestellt, wonach Stadt und Land Wilna als litauischer Bundesstaat in hohem Maße Autonomie erhalten soll.

Die deutsche Sowjetvertretung.

Die Regierung der russischen Sowjetrepublik hat amtlich mitgeteilt, daß der bisherige provisorische Leiter der hiesigen russischen Handelsabteilung, Herr Stomoniakow, zum offiziellen Handelsvertreter bei der hiesigen Vertretung ernannt worden ist. Die Ernennung des Leiters der Gesamtvertretung steht noch aus.

selbst keine Bedenke mehr und mehr mit Achtung erfüllt und in den Kreisen seiner Wirkung ist.

Die Worte Lenin's vor dem Gericht dienen weniger seiner Verteidigung als dem Proletariat, dem er das Erbe aller Erfahrungen während der Kaiserzeit als Lehre für die Zukunft übermittelte. Auch die Münchener Aktion endete mit einer Niederlage, mußte mit ihr enden, wie Lenin vom ersten Tage an vorausgesehen und vorausgesagt hatte. Aber diese persönliche Einsicht veranlaßte ihn nicht, beiseite zu stehen oder gar kritisch den Irrenden aber kämpfenden Münchener Arbeitern in den Rücken zu fallen. Lenin mußte, daß kein noch so huter Kopf dem Proletariat die eigenen Erfahrungen des Klassenkampfes ersparen kann. Seine letzten Worte dienten dem zukünftigen Weg des Proletariats.

Die Partei würde sich selbst ihren Charakter als einer revolutionären abspüren, die nicht ihre revolutionäre Tradition pflegen und durch feste Fortsetzung revolutionärer Aktivität neu erwerben würde. Wenn heute in ganz Deutschland Terror und Justiz so toben wie sie im Frühjahr 1919 in Bayern arbeiteten so ist das für jeden Revolutionär nur ein Grund, allen Schrecknissen des Klassenkampfes so Trost zu bieten, wie es Eugen Levine getan. Mit Stolz gedenkt auch heute die kommunistische Partei Deutschlands ihres erschossenen Vorhämpfers und gelobt seinem Beispiel zu folgen, das trotz aller Niederlagen doch zum Siege führt!

Politische Uebersicht. Die Kämpfe in Oberschlesien.

Wie recht wir hatten, daß wir die Ruhepause in den ober-schlesischen Kämpfen nur als zeitweilig ansehen, ergibt sich aus den letzten Nachrichten. Nach den Meldungen der bürgerlichen Presse ist es sowohl in Katowitz wie in Boguschi zu Zusammenstößen zwischen Polen und Franzosen gekommen, denen aber nicht soviel Gewicht beizulegen ist, wie es die Stimmen und die Einrede aus durchschlagenden Gründen zu tun beliebt. Katowitz ist sich der Katowitzer Bahnhof in den Händen der Franzosen befinden.

In Beuthen ist es zu Zusammenstößen zwischen polnischen Aufständigen und bewaffneten „deutschgeheimen“ Bürgern gekommen.

Auch in der Stadt Plesch drängen die Angehörigen ein, lassen aber auf ein Ultimatum des italienischen Kreiskommissars hin sie wieder geräumt haben.

Die deutschen Freikorps folgen nach den Berichten des M. B. noch immer im heftigen Kampf. Sie haben Schrecken erlitten, die sie durch großräumige Gerüche über häufig misslungene polnische Gegenangriffe zu versuchen suchen.

Sowohl die Armee als auch die Arbeiter aus Industrie- und Bergbau- und Verkehrsbetrieben werden der Verleumdung immer deutlicher; der Zustand der als nationalistische Erhebung gedacht und nicht mehr von gerechten militärischen Handlungen in Partisanenkämpfe über, die das erste Stadium des Bürgerkrieges kennzeichnen.

Die Lage in Oberschlesien hat sich kaum geändert. Es ist weiterhin zu einzelnen heftigen Kämpfen gekommen, die offenbar von dem sogenannten „deutschen Selbstschutz“ weit über ihre Bedeutung hinaus aufgeduldet wurden.

Bei der Entente scheint eine endgültige Uebernahme über die Art des Vorgehens noch nicht getroffen zu sein. Es ist aber wahrscheinlich, daß das gerade jetzt angekündigte Annehmen des britischen Frontkämpfers in England die Einleitung zu einer Verständigung der Entente im englischen Sinne bildet.

Selbstverständlich werden die englischen Truppenkontingente in Oberschlesien dauernd verstärkt, und man spricht von einem Operationsplan der Engländer, nach dem in acht Tagen die völlige Besetzung Oberschlesiens vorgenommen werden soll.

Der Waldenburger Grubenstreik.

(M.) Waldenburg, 4. Juni.

Die Streiklage im Waldenburger Kohlenrevier ist unverändert. Verhandlungen finden zurzeit nicht statt, der Streik geht weiter. Die zum Reichsinnenminister nach Berlin berufenen Organisationsvertreter sind, ohne ein Ergebnis erzielt zu haben, zurückgekehrt.

Als vor einigen Tagen das Herbeibringen einer schweren Krise in der Kohlenversorgung Berlins offiziell angekündigt wurde, machte die bürgerliche Presse neben den ober-schlesischen Unruhen vor allem die streikenden Waldenburger Grubenarbeiter für das Stochen der Kohlenzufuhr nach Berlin verantwortlich. Die Gewerkschaften haben inzwischen den ursprünglich als mild bezeichneten Streik anerkennen müssen. Jetzt muß man erfahren, daß die Verhandlungen sabotiert wurden. Die Gewerkschaften haben bisher noch nichts getan, um diesen besonders für das Berliner Proletariat so ungeheuer wichtigen Streik in seiner Bedeutung anzuzeigen und für ihn die Sympathie der Berliner Arbeiter zu gewinnen. Durch dieses Verstummen machen sich die Gewerkschaften mitschuldig für die drohenden Betriebseinsparungen in Berlin. Es ist die Pflicht der Gewerkschaften, das gesamte Proletariat Groß-Berlins mobil zu machen, um die kommende Kohlenkrise dadurch abzuwenden, daß mit dem ernstesten Nachdruck für die sofortige Vermittlung der Forderungen der streikenden Grubenarbeiter in Waldenburg der Kampf eingeleitet wird. Verharren die Gewerkschaften in dieser Frage weiterhin untätig, so üben sie doppelten Verrat an den Waldenburger und an den Berliner Arbeitern.

Ein Vorstoß der Deutschen Volkspartei gegen die Sanktionen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat folgende Interpellation eingebracht:

Die deutsche Regierung hat am 11. Mai dieses Jahres die in dem Ultimatum der alliierten Mächte enthaltenen Forderungen angenommen. Als Druckmittel für die Durchsetzung dieser Forderungen sind die sogenannten „Sanktionen“ verhängt worden. Nach der Annahme des Ultimatus müßten daher folgerichtig die Sanktionen in Kraft kommen.

Bis zur Stunde ist aber weder die Besetzung der Städte Danzig und Tilsit mit Ruhrtruppen durch französische Truppen, noch die Besetzung am Rhein geblieben.

Die deutsche Regierung der Auffassung, daß diese sogenannten Sanktionen mit dem Friedensvertrage von Versailles und mit dem Völkerrecht in Einklang stehen? Steht die deutsche Regierung das wirtschaftliche und kulturelle Leben des Reiches in dem durch den Vertrag von Versailles verkündeten Umfang aufrechtzuerhalten, glaubt die Regierung insbesondere die mit der Annahme des Ultimatus übernommenen Verpflichtungen auch nur annähernd erfüllen zu können, wenn Deutschland durch die Besetzung wirtschaftlich wichtiger Städte und durch die Fortsetzung einer Politik am Rhein in zwei getrennte Ost- und Westgebiete zerfällt, und das ganze Rheinland dem deutschen Einfluß und der deutschen wirtschaftlichen Gesetzgebung in irgendeiner Weise entzogen wird?

Welche Schritte beabsichtigt die Regierung zu tun, um die Befreiung der oben bezeichneten sogenannten Sanktionen herbeizuführen?

Der Vorstoß der Volkspartei beruht, auf die kühnen, heldenmütigen Gründe die Regierung Wirth sieht. Der aktivste Teil der deutschen Bourgeoisie drängt nicht nur danach, sondern wollen Einfluß auf die Regierung zu bekommen, sondern er versucht auch schon wieder, an den Ketten des Entente-Kapitalismus zu rütteln und damit die Existenzgrundlage der Regierung zu untergraben.

Bayerische Volkspartei und Auflösung der Einwohnerwehren.

(M.) München, 4. Juni.

Die Landesvorstandsjahre der Bayerischen Volkspartei hielt heute in München eine vierstündige Sitzung unter zahlreicher Beteiligung aus allen Kreisen ab. Nach Ministerpräsidenten Dr. von Kahr war zeitweilig zugegen. Die Vertreter der Kreise, die nach dem Bericht des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden zu Worte kamen, billigten und würdelten in jeder Beziehung das Verhalten der Landesfraktion und der Parteileitung.

Auf Vorschlag des Kreisvorsitzenden von Niederbayern wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt: „In der Reparationsfrage muß jene Einheitsfront der Existenz gebildet werden, die Ministerpräsidenten von Kahr gebildet hat. Die Landesvorstandsjahre spricht dem Ministerium Kahr den Dank dafür aus, daß es in Übereinstimmung mit der Landesfraktion und der Landespartei den Weg bis zur äußersten Grenze des Möglichen gegangen ist.“

Wir erwarten aber, daß die Entlohnungskommission sich mit der größten Schärfe auch gegen die inneren Feinde des Staates richtet. Unsere Volksgenossen in Stadt und Land bittet die Landesvorstandsjahre, nach dem Wegfall der Wassergemeinschaft eine vaterlandsfreundliche Besinnungs- und Schicksalsgemeinschaft zu bilden und zu pflegen.“

Wie die Orgeßch weiter rüstet.

Koffentlich drehen die ober-schlesischen Freikorps ihre Spitze bald um und marschieren nach Berlin... Sieh es auf der „Skagerrakfeier“ des Nationalverbandes deutscher Offiziere und Soldaten. Das ist ihr heftigster Wunsch. Sie möchten eine zweite verstärkte Kappauflage in Szene setzen lassen. Das Junkerpack krakelt, deutschnationale Jugendbündler üben sich schon im Hurra-schreien. Aber diesmal soll es besser klappen wie in den Kapptagen. Dafür ist geforgt. Die Orgeßch scharf täglich Tausende von arbeits- und obdachlosen Proletariern um ihre Banner. Außerdem stehen in Mecklenburg und Pommern die Paltikumhelden des berühmten Majors Bischof und Leutnant Korbach. Man legt alle Sebel in Bewegung, um recht viel national gesinnte Männer unter der schwarz-weiß-roten Orgeßch zu vereinen. Unter dem Deckmantel „landwirtschaftliche Arbeiter“ rottet man die halbertreuen Mannen zu Hauf. So konnte man am 3. Juni im Anzeigenteil der „Morgenpost“ folgende Instruktion lesen:

Unserer Heeresklasse, auch Unteroffiziere, als Landarbeiter, für eine nordd. Arbeitsgemeinschaft gesucht. Freie Station und 14 Mark täglich in bar ohne Abzug. Nachweislich nationale Gesinnung und gute Papiere Voraussetzung. Angebote unter Chiffre „A. C. 14742“ Müllershaus, Kochstraße. 200 Arbeiter mit guten Papieren und anständiger Gesinnung für Landwirtschaft sofort gesucht. Ferner einige Vorarbeiter mit Kaufkraft. Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten, Potsdam, Kaiser Wilhelmstraße 6.

Also „nachweislich nationale Gesinnung“ wird verlangt. Was die Herrschaften nach alles haben wollen. Der beste Beweis der nationalen Gesinnung wird wohl dadurch erbracht werden, wenn man auf die eigenen Klassengenossen schießen wird. Der Sold ist bei freier Station nicht übel, dazu kommen noch die diversen „Nebenverdienste“. Das Skandalöseste aber an der ganzen Sache ist, daß man dem werktätigen Arbeiter treu und brav 10 Prozent vom Lohn abzieht, während diesen Paltikumhelden, den Wiederherstellern der „alten Ordnung“, Steuerfreiheit gewährt wird.

Werktätige Proletariats, macht auf, ehe es zu spät ist. Die „abwartende Haltung“ der U.S.P. und S.W.D. steuert auch den Drahtseilgänger aus. Antwortet auf die Mühen der reaktionären Offizierskamarilla mit der Bildung des proletarischen Selbstschutzes.

Ein neues Streitverbot.

Nach dem schon durch die Verordnung des Sozialdemokraten Fritz Oberl der Arbeiterschaft das Streikrecht genommen worden ist, hat der Magistrat der Stadt Halle jetzt eine neue Methode gefunden, um jede Möglichkeit des Streiks überhaupt zu unterbinden. Er hat ausgerechnet, daß durch den Streik der Arbeiter des hiesigen Gas- und Wasserwerks am 16. Dezember vorigen Jahres ein Schaden von 109.500 Mark erwachsen sei, und will nunmehr feststellen, daß diejenigen Arbeiter, die sich an dem Streik beteiligt haben, zum Schadenersatz verpflichtet sind. Praktische Folgen aus dem Ergebnis der Untersuchung zu ziehen, heißt er sich vor.

Diese neue Methode des halleischen Magistrats gibt herrliche Ausblicke in die Zukunft. Wenn die Arbeiter streiken, sollen sie demnach verpflichtet sein dem Unternehmer nachträglich den Gesamtschaden zu ersetzen. Das bedeutet, daß die Waffe des Streiks überhaupt unbrauchbar gemacht werden soll. Wie wäre es aber, wenn das Proletariat einmal den Speiß und Brod nicht erst lange berechnen, was die kapitalistische Wirtschaftsordnung ihm geraubt hat, sondern alle seine Erzeugnisse für sich selbst in Anspruch nimmt?

„Nachprüfung“ der Sondergerichtsurteile.

Die Amnestierung der Justizopfer des Märzaufruhres hat der Reichstag abgelehnt.

Angenommen wurde jedoch in der Samstagssitzung ein Antrag der Sozialdemokraten auf Nachprüfung der Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkt der Vergewaltigung. Dafür stimmten mit den beiden sozialistischen Gruppen und den Kommunisten eine Minderheit des Zentrums unter Führung des Reichskanzlers Wirth, der keine Abwechslung empfangen hatte.

Die Annahme dieses Antrages, dessen Durchführung völlig in den Händen der Volkstreuer der weißen Justiz liegt, ist eine raffinierte Scheinkonzession an den Willen der Arbeiterschaft. Es wird sich bald zeigen, daß die bürgerlichen Richter auch diesen parlamentarischen Gnadenakt, bei dem sich der schlaue Zentrumsmann auf billige Weise die Sympathie rückständiger Proletariats zu sichern sucht, nach Rußien zu sabotieren wissen.

Ein unabhängiger Triumph.

Kategorie des weißen Schreckens.

Die unabhängige Presse läßt sich aus Halle melden: Die Verhaftungsmaßnahmen für das Sommerfest der vier Tage festgenommen haben, stellen einen neuen Erfolg für die unabhängigen Sozialisten dar, wie wir ihn von dem Reich aus nicht hätten träumen lassen. In ihrem Kampfe hatten die Kommunisten vor dem Reich die parole ausgegeben, daß nur ihre

Leute auf dem Sommerfesten. Anfolge des im Sommerfesten Verhafteten wurde unter Verstoß von einer Listenauflistung abgeben. Selbst nach dem Versuch hat man in Erkenntnis dessen, was mit uns, sich weniger von der Qualität des Parteibuches, als der des Charakters lassen, und die Wahl hat ergeben, daß die übergroße Mehrheit der Parteimitglieder sich aus Anhängern der U.S.P. zusammensetzt. Die Arbeiterschaft des Sommerfestes (22.000 Arbeiter) steht also wieder auf dem gleichen Standpunkt wie vor der Spaltung der Partei, nur daß die kommunistische Politik aus dem früher so einflussreichen Betriebsrat insofern eine geballte Klappe gemacht hat.

Auf diesen Triumph können die Unabhängigen allerdings stolz sein. Wenn es richtig ist, daß die übergroße Mehrheit der Arbeiter des Sommerfestes für die U.S.P. gestimmt haben (zahlen liegen uns noch nicht vor), dann ist das wirklich ein Erfolg der unabhängigen Politik in den Märztagen. Die Unabhängigen haben damals Göring geholt, die mittel-schlesischen Arbeiter niederzuschlagen, und insbesondere im Sommerfest ein Schreckenregiment aufzurichten, daß die schwärzesten Unterdrückungsmethoden des Zarenismus in Schanden stellt. Der leiseste Widerstand, die leiseste selbständige Regung der Sommerarbeiter wird mit dem Herauswurf geahndet. Die revolutionärsten unter den Sommerarbeitern waren, soweit sie nicht in den Kämpfen gefallen sind, aus dem Betrieb entfernt. Wenn dann die Arbeiter „auf den unabhängigen Standpunkt zurückkehren“ sind die Sommerfesten so heuchlerisch, daß schon die Naivität oder die Eisenstirnigkeit der U.S.P.-Presse dazu gehört, sich dieses Erfolgs auch noch zu rühmen.

Grenel im Stargarder Internierungslager.

Die während des Krieges von der Ludendorff-Regierung zur Zwangsarbeit verschleppten Ostjuden, die jahrelang auf skrupellosste vonden deutschen Kapitalisten ausgebeutet wurden, befinden sich gegenwärtig in Internierungslagern, wo sie als „lästige Ausländer“ der Willkür und Rohheit ihrer Bewachungsmannschaften ausgeliefert sind. Die antisemitische Seite der nationalen Reaktionäre, die diese verarmten, heimatlosen Menschen als Gesindel und Verbrecher beschimpfte, ist natürlich nicht wirkungslos geblieben.

Die „Jüdische Arbeiterstimme“, das Organ der jüdischen sozialistischen Arbeiter, veröffentlicht über die Vorgänge in diesem Musterlager folgenden charakteristischsten Bericht:

Vor einigen Tagen brach im Lager Stargard in einer Baracke ein Brand aus. Da die Barackentüren verschlossen waren, wollten die Internierten zum Fenster hinauspringen. Die Wachen bedrohten sie daraufhin mit Schüssen. Da inzwischen der Brand einen außerordentlichen Umfang annahm, feindete Löschgeräte vorhanden waren, bereits mehrere Personen schwere Brandwunden erlitten hatten, wagten die Unglücklichen doch den Sprung aus dem Fenster. Der sollte ihnen schlecht bekommen. Die ersten die heraussprangen, — wurden jämmerlich mißhandelt. Anstatt das Feuer zu löschen und den Leuten zu helfen, schlugen die Wachen mit Kolben auf die Internierten ein. Das wenige Hab und Gut der Leute, ihre Kleider, Geld, ihre Papiere sind verbrannt. Mehrere Internierte liegen mit schweren Brandwunden im Lazarett. Ein Feldwebel erklärte am folgenden Tage beim Appell, daß bei einem nochmaligen Brande niemand herauspringen würde. „Die Juden sollen ruhig verbrennen!“

Die Greneltaten und Verbrechen der „Ordnungstruppen“, die sich täglich mehren, gehören zu dem Kampf, den die Bourgeoisie gegen das Proletariat führt. Auch hier handelt es sich um Arbeiter, besitz- und heimatlose Massen, da ist kein Mittel grausam und gemein genug, sie zu unterdrücken. 200.000 russische Konterrevolutionäre befinden sich in Deutschland, halten Monarchistenkongresse ab, ungehindert von der Regierung der „freiesten Republik“.

Der Minister Dominicus hat eine Untersuchung verprochen. Die Unabhängigen hoffen auf „positive Erfolge“. Auch diese Untersuchung wird nichts zutage fördern. Für das Proletariat Kohlenkrise und Bajonettschläge, da hat kein Richter etwas einzusetzen!

Also doch!

Zu den Enthüllungen über die Verhältnisse im Interniertenlager Sielow bei Kolbus bringt das Volksliche Telegraphenbüro eine Meldung über „Amtliche Feststellungen“, der wir folgendes entnehmen:

Die zuständigen Stellen haben Ermittlungen angestellt, die zum Ergebnis hatten, daß sich in dem Lager zur Zeit etwa 600 Personen befinden, die anlässlich der Kämpfe in Oberschlesien festgenommen worden sind.

Es wird auch gesagt, daß ein Teil der Internierten „nur ihrer persönlichen Sicherheit wegen“ festgenommen worden sei. Wir kennen die Sorge der Bourgeoisie um die „persönliche Sicherheit“ der sich in ihren Händen befindlichen nur zu gut. Es ist die „persönliche Sicherheit“ der Gefangenemißhandlung des Erschießens „auf der Stucht“.

Uebrigens bestätigen diese „Feststellungen“ nur, was auch in den Enthüllungen gesagt war, daß die deutsche Konterrevolution in ober-schlesischen Konzentrationslagern milderrechtlich Hunderte von Gefangenen festhält!

Freispruch im U-Boot-Prozess.

(M.B.) Leipzig, 4. Juni.

In dem Prozeß gegen den früheren U-Boot-Kommandanten Karl Neumann vor dem Reichsgericht beantragte der Ober-Rechtsanwalt, den Angeklagten freizusprechen und die Kosten des Verfahrens auf die Staatskasse zu übernehmen. Das Gericht entsprach diesem Antrag und sprach den Angeklagten frei.

Wie zu erwarten, sucht die republikanische Justiz die Flecken auf dem Ehrenschild der monarchistischen Kriegsverbrecher abzuwischen. Der freigesprochene Kapitän hatte am 26. Mai 1917 im Mittelmeer das englische Hospitalschiff Dovercastle ohne Warnung torpediert. Das Schiff hatte 141 Mann Besatzung und 632 Kranke an Bord. Sechs Menschen kamen um. Daß nicht das Schiff mit Mann und Maus verjankt, führt lediglich daher, daß der erste Schuß nicht richtig lag.

Der Ober-Rechtsanwalt machte sich zum Verteidiger des Angeklagten und unterstützte dessen Rechtfertigungsversuche. Der Angeklagte hatte als Soldat nur den Befehl der deutschen Admiralität ausgeführt. Er hat nicht in dem Bewußtsein gehandelt, daß der Befehl die Aufforderung zu einem Verbrechen enthält. Der Ober-Rechtsanwalt bescheinigt auch der Admiralität, daß ihr Befehl juristisch einwandfrei war. Er wärmt die alten Gründe vom Bruch des Haager Abkommens durch feindliche Lazaretttschiffe wieder auf und behauptet damit die Behauptung des Angeklagten, daß auch das in Frage stehende Lazaretttschiff Munition auf

...gehabt hätte, was aus einer nach der Verpönderung erfolgten Explosion „bewiesen“ sei.

Der Verteidiger hatte es leicht. Er brauchte nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ lediglich die Ausführungen des Anklagevertreters zu unterstreichen.

Der Freispruch kennzeichnet den Geist der Ebert-Republik. Das republikanische Deutschland bekennt sich zu den schändlichen U-Bootgreueln des Weltkrieges. Die wirtschaftlichen Forderungen der Entente nahm man an. Sie werden ja den deutschen Kapitalisten den Profit höchstens schmälern, aber nicht gänzlich nehmen. Die wahren wirtschaftlichen Lasten trägt ja das gebuldige deutsche Proletariat. In Ehrenfragen kann die deutsche Bourgeoisie sich dafür desto fester zeigen. Aber auch die Bourgeoisie der Entente ist empfindlich in Ehrenfragen. Auch sie kann ihre hungernden Massen nicht sättigen mit der Phrase vom alles zahlenden Boche. Sie braucht daher wenigstens die Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher, um die Gunst der Massen sich nicht völlig zu verschaffen. Sie wird den Freispruch als Provokation aufpassen. Es ist Sache des deutschen Proletariats, darüber zu wachen, daß nicht wegen der deutschen „U-Boothelden“ die Kriegsfurie ihr Haupt aufs neue drohend erhebt.

Gewerkschaftliches.

An alle Mitglieder des Textilarbeiter-Verbandes.

Kollegen und Kolleginnen!

Die alten Häupter der Gewerkschaftsbürokratie bemühen sich, auch in unserem Verbande jedem Konflikt mit dem Unternehmertum auszuweichen. Sie versuchen, jede Differenz mit den Kapitalisten schieblich und friedlich zu schlichten. Sie lehnen zwar gelegentlich die Arbeitsgemeinschaft mit Worten ab, erklären aber gleichzeitig, daß diese nicht zu entbehren sind. In dieser Auffassung zeigt sich das wahre Wesen der Bürokratie, die euch irreführt, um euch vom einheitlichen Kampf gegen das Unternehmertum abzuhalten.

Kollegen und Kolleginnen! In den Arbeitsgemeinschaften können die Vertreter unserer Organisation keine besseren Existenzbedingungen für die Arbeiterklasse erreichen. Die Arbeitsgemeinschaften sichern nur die Existenz der Bourgeoisie. Es ist Zeit, daß mit den Arbeitsgemeinschaften durch Wort und Tat rücksichtslos gebrochen wird. Auch ist es an der Zeit, daß der verlogenen Phrase von der „Neutralität der Gewerkschaften“ ein Ende gemacht wird. Die Gewerkschaften müssen den Mut haben, offen zu scheitern, was sie sehr müssen, wenn sie die Interessen der Arbeiterklasse wahren wollen: Klassenkampforganisationen zur Wahrung der Arbeiterinteressen!

Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder! Die Häupter unseres Verbandes, die Jäckel, Dreffel, Sachle und Helzelt erklären: wir sind nicht für die Moskauer Gewerkschaftsinternationale, denn sie spaltet und zerstört die Gewerkschaften. Das ist eine bewußte Irreführung der Mitglieder, wie es eine bewußte Lüge ist, wenn von der gleichen Seite behauptet wird, Mitglieder der Roten Gewerkschaftsinternationale können nur erklärte Kommunisten sein. Das ist nicht wahr! Wir verweisen auf Italien. Dort hat bekanntlich die Mehrheit der bis dahin der 3. Internationale angeschlossenen Sozialistischen Partei die 21 Aufnahmebedingungen abgelehnt und ist daraufhin aus der 3. Internationale ausgeschieden. Fast zu gleicher Zeit hat aber der Kongreß der italienischen Gewerkschaften mit erdrückender Majorität den Austritt aus der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale in Moskau beschlossen. Wir rufen allen Kollegen und Kolleginnen zu: Wendet euch ab von den Arbeitsgemeinschaften in Amsterdam! Erklärt euch für die Rote Gewerkschaftsinternationale! Erinnert euch an die Sünden der Amsterdamer Führer! Während des Krieges haben sie gegenseitig um Hilfe gehandelt und in Deutschland euch während der Revolution beruhigt und getäuscht und dafür gesorgt, daß die Kapitalisten euch wieder ins alte Joch pressen konnten. Heute sagen sie wieder: „Wir haben durch die Tat zu beweisen, daß wir willens sind, die übernommenen Pflichten und Verpflichtungen gegen die Entente zu erfüllen. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin muß wissen, was das bedeutet. Die Bourgeoisie versteht es sehr gut, die Lasten des Ultimatus auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Verlängerte Arbeitszeit, Abbau der Löhne, gesteigerte Intensität der Arbeit, das sind die Mittel, mit denen das Bürokratie aus den Arbeitern das letzte herausquetschen will. Wer sich für die Erfüllung des Ultimatus einsetzt, der unterstützt die Pläne der Kapitalisten und kommt folgerichtig dazu, daß er zuletzt gegen die Forderungen der Arbeiter Stellung nimmt. Gewerkschaftsmitglied! Ihr wißt ebenso gut wie wir, daß die Textilindustrie den Kapitalisten riesige Profite abwirft. Ihr wißt, wie ihr in den engen, dunstigen Räumen für hässlichen Lohn schuftet müßt. Verlangt von euren Gewerkschaftsführern, daß sie sich für den Kampf um die reiflose Durchführung der 10 Forderungen des ADGB einsetzen. Fragt sie, ob sie bereit sind, wenigstens für die unzulänglichen Forderungen der ICB zu kämpfen. Die BAPD ist bereit, trotzdem sie immer wieder erklären muß, daß die Forderungen unzulänglich sind, mit ganzer Kraft sich an jedem ersten Kampf zu beteiligen. Wo aber sind eure Führer? Fragt sie, ob sie auch bereit sind, zu kämpfen.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Die wirtschaftliche und politische Situation verschärft sich immer mehr. Die Horden der Kapitalisten sammeln sich in Oberschlesien, um dort eure Arbeitsbrüder niederzuschlagen. Sie haben offen erklärt, daß sie entschlossen sind, nach Berlin zu marschieren, um der Judenregierung den Garaus zu machen. Diese Lage erfordert, daß mit der Subjunktivtaktik ein Ende gemacht wird. Es gilt jetzt durch die Tat zu beweisen, daß ihr nicht länger gewillt seid, Werkzeug der Kapitalisten und deren Henkershände zu bleiben. Vorwärts in den Kampf gegen das Arbeitslosenelend! Fort mit dem Lohnabbau und der Verlängerung der Arbeitszeit!

Rafft alle Kraft zusammen gegen die Drangsal! Nieder mit der Blausucht und den Sonderrechten! Verlangt die Freilassung aller politischen Gefangenen! Es lebe die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter und Angestellten!

Reichsgewerkschaftszentrale und Fraktionsvorstand für die Textilarbeiter der BAPD.

Wachsende Kampfbereitschaft.

Am 27. Mai tagte im Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M. eine Vollversammlung der Vertrauensmänner und Betriebsräte des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die zu der Arbeitslosenfrage Stellung nahm und hierzu folgende Entschlieung faßte:

„Die fortgesetzte sich steigernde Arbeitslosigkeit, zum großen Teil hervorgerufen durch die Sabotage des Unternehmertums und der Produktion, erfordert schärfere Maßnahmen, die geeignet sind, das Arbeitslosenelend zu beseitigen und die gesamte Volkswirtschaft wieder in geordnete Bahnen zu leiten.“

Die Arbeitslosenfrage ist nur ein Teil der sozialen Frage und kann nur mit dieser zusammen in befriedigender Weise gelöst werden. Solange die kapitalistische Produktionsweise fortdauert, kann eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht erfolgen. Alle bisher getroffenen Maßnahmen waren nur Palliativmittel, die keinen dauernden Wert haben konnten. Die kapitalistische Produktionsweise braucht zu ihrer Er-

Leitsätze zur Organisation der Partei.

1. Unsere Partei konnte organisatorisch bisher nur schwer, oft überhaupt nicht, die an sie gestellten Aufgaben bewältigen. Jeder einzelne Genosse muß mit allen Kräften sich sehr bemühen, diesem Uebelstand abzuwehren.
2. Jeder Genosse muß nach seinem Wohnbezirk und zugleich nach seiner Arbeitstätigkeit organisiert sein. So bilden sich einerseits die Ortsgruppen, Bezirke und Unterbezirke und andererseits die Betriebsfraktionen.
3. Die kleinste Zelle der Wohnbezirksorganisation bildet die Zehnergruppe. Jeder Parteigenosse muß einer solchen Zehnergruppe angehören.
4. In diesen Zehnergruppen wird der größte Teil der Parteiarbeit geleistet. Jeder Gruppe wird ein ganz bestimmtes Tätigkeitsgebiet zugewiesen. Dort muß sie alles tun, was von der Kommunistischen Partei aus getan werden muß.
5. Diese Aufgaben der Zehnergruppen sind: Hausagitation, das Verteilen von Flugblättern, die Gewinnung von Mitgliedern, Wahlarbeit, das Ankleben von Plakaten und Flugblättern, die Nachrichtenammlung über Reaktion und Orgeß.
6. Die Aufgaben der Betriebsfraktionen bestehen darin: im wirtschaftlichen Kampf für die Interessen der gesamten Arbeiterschaft führend voranzugehen, den engen Zusammenhang von allen wirtschaftlichen Fragen mit den politischen Fragen aufzuzeigen, für die Gewinnung von Mitgliedern zu sorgen, unsere Flugblätter, Zeitungen und Broschüren umzusetzen.
7. Unsere Partei muß über das ganze Land ausgedehnt werden. Auch dort, wo sich noch keine Organisationen befinden, müssen planmäßig die kommunistischen Gedanken und Forderungen verbreitet werden. Jedes Dorf, jedes Gehöft, jedes Haus, wo keine Kommunisten sind, müssen einer bestimmten Zehnergruppe zugewiesen und von ihr regelmäßig und unermüdet bearbeitet werden.
8. Der gesamte Parteiapparat ist so aufzubauen, daß er nicht nur in legalen, schieblichen Zeiten, sondern gerade in illegalen Zeiten des Kampfes und der Verfolgung alle an ihn gestellten Aufgaben erfüllen kann. Die BAPD darf nicht zur Untätigkeit verdammt sein, wenn es der bürgerlichen Regierung oder der Orgeß nicht mehr gefällt, sie ungestört arbeiten zu lassen.
9. „Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun, uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“ Wir müssen alles daran setzen, uns eine gut durchorganisierte Partei zu schaffen. Die Parteifunktionäre allein können das nicht. Jeder einzelne Genosse muß Hand anlegen. Jeder einzelne Genosse trägt mit der Verantwortung für Niederlage und Sieg der gesamten Partei.

haltung die dauernde Beibehaltung einer Reservearmee von Arbeitslosen, wodurch das soziale Elend gesteigert und dem Unternehmertum billige Arbeitskräfte gesichert werden.

Das Mindeste, was zur Befestigung dieser ungeheuerlichen Zustände zu geschehen hat, ist die sofortige Durchführung der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellten 10 Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die hierzu notwendigen Maßnahmen sind ohne Ausschub durch eine einheitliche Aktion sämtlicher freier Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien in die Wege zu leiten. Nur dadurch läßt sich eine weitere Verelendung großer Volkskreise, sowie eine Katastrophe unseres Wirtschaftslebens verhindern.“

In Hanau fand am Sonntag eine vom Hanauer Gewerkschaftskartell anberaumte Besprechung der heftigsten Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute über die brennendsten Fragen der Gewerkschaftstaktik statt. Trotz der Warnungen der Gewerkschaftsführer, die eine Diskussion der Arbeiter untereinander fürchten, waren zahlreiche SPD- und USR-Genossen erschienen, und sie verlangten einmütig, daß der ADGB für die Forderungen, die er selber aufgestellt hat, in den Kampf tritt um die Existenz der Arbeiterklasse zu retten.

Diese sich mehrenden Rundgebungen müssen für die Arbeiter des ganzen Reiches ein Ansporn sein, sich in der gleichen Richtung zu betätigen. Bereits hat die Regierung neben einer kolossalen Erhöhung der Eisenbahntarife, vor allem auch der Arbeiterwochenkarten, und einer starken Erhöhung der Wohnungsmieten eine enorme Verärgerung der Steuerlasten angekündigt. Die Regierung ist also gewillt, die ganzen Lasten des Ultimatus auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Nur ein geschlossenes Auftreten der gesamten Arbeiterklasse, nur der gemeinsame Kampf kann die Arbeiterklasse retten und die Pläne der Regierung zu schanden machen.

Die Solinger Vollversammlung der Betriebsräte hat eine Resolution angenommen, in der sie sich verpflichtet, den Kampf um die 10 Forderungen des ADGB aufzunehmen und an das Gewerkschaftskartell mit denselben Forderungen heranzutreten. Außerdem hat die Vollversammlung beschlossen, zur Sicherung und zur Durchführung des Beschlusses Aktionsausschüsse einzusetzen, die sich zusammensetzen aus Betriebs- und Arbeitslosenräten.

Wachsender deutscher Kohlenexport — wachsende Betriebsstilllegung.

Betrieb um Betrieb wird stillgelegt. Täglich wächst das Heer der Arbeitslosen. Die Ursache ist — so sagen die Unternehmer — der Rückgang der Kohlenförderung wegen des Ausfalls der Uebelreicher, wegen des Wegfalls der oberirdischen Kohlen infolge des Korkart-Anstaus. Trotzdem haben die deutschen Kohlenbarone merkwürdigerweise noch immer Kohlen genug zur Ausfuhr ins Ausland.

„M.Z.“ Nr. 245: „So hat im Monat April die Einfuhr von deutscher, hauptsächlich Ruhrkohle, nach Holland eine weitere Steigerung erfahren, und zwar stellte sie sich auf 136 311 Tonnen bei einer Gesamteinfuhr von 427 888 Tonnen, wovon aus England 67 305 auf belgische Kohle 103 574 und auf amerikanische Kohle 27 306 Tonnen entfielen. In den ersten vier Monaten 1921 wurden in Holland insgesamt 1 406 109 Tonnen fremde Kohle eingeführt, wovon auf Deutschland 390 425 gegen 497 310 Tonnen in der Vergleichszeit des Vorjahres entfielen.“

Trotz des angeblichen Kohlenmangels in Deutschland steht im Monat April die deutsche Kohlenausfuhr nach Holland an erster Stelle, nicht nur vor der englischen, die durch den Streik lahmgelegt ist, sondern auch vor der belgischen und amerikanischen Ausfuhr. Die Statistik verschweigt, wieviel von der Ausfuhr nach Holland als Streikbrecherkohle nach England weitergegangen ist.

Diese Zahlen zeigen, wie unheimlich der Vorrat des Unternehmertums ist, daß Kohlenmangel es zur Betriebsstilllegung zwingt. Das Unternehmertum labert die Produktion, weil es keinen Profit mehr abwirft und weil der Export von Streikbrecherkohlen rentabler ist.

Die Arbeiter hungern, die Kohlenbarone verdienen: das wird so bleiben, bis die Arbeiter der kapitalistischen Wahnsinnsherrschaft eine Ende machen.

Die werdende Einheitsfront des Proletariats.

Die praktischen Folgen, die sich aus der Annahme des Ultimatus für die wertvolle Bevölkerung in Stadt und Land ergeben, sind jenen Arbeitern sehr deutlich vor Augen geföhrt worden, die heute in Mitteldeutschland, in Schlesien, in Hannover, an der Wasferlante und in vielen anderen Orten in Abwehrkämpfen stehen gegen die vom Unternehmertum gemollten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Erstausdrückweise: beginnen die Arbeiter, das Gebot der Stunde zu erkennen. Die Nr. 21 des „Kommunistischen Gewerkschaftler“ bringt eine Uebersicht über die werdende Einheitsfront, wovon sich in Eibing, Bremen, Breslau, Dresden, Berlin, Hanau und München bereits verheißungsvolle Ansätze gebildet haben. Die Arbeiterschaft erkennt immer mehr die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen Ausbeuter und Reaktion. Daß der „Kommunistische Gewerkschaftler“ sich mit jeder Zelle um das Zustandekommen der einheitlichen Kampffront des gesamten Proletariats müht, wird durch die neueste Nummer erneut bewiesen.

Zum ersten Mal bringt der „Kommunistische Gewerkschaftler“ eine satirische Illustration und zwar über: „Der Sinn des Bielefelder Abkommens. Es wird gezeigt, wie damals von Legien, Criprien die acht Punkte des Bielefelder Abkommens als Barriere vor den bewaffneten Arbeitern aufgerichtet wurden. Die Hafenkreuzer brechen dem biederen Criprien hohnlachend eine Nase. Unter dem Bild steht: „Wie das Wehen einer neuen Zeit, so geht ein Geist des gegenseitigen Verstehens in der gemeinsamen Hilfsbereitschaft durch die Menschenherzen.“ (Aus dem Vereinsanzeiger. Organ des Verbandes der Maier und Sackierer vom 14. November 1921.)

Wir erluchen alle Genossen, für die Verbreitung des „Kommunistischen Gewerkschaftler“ mit dem größten Eifer tätig zu sein. Die vorliegende Nummer enthält wieder eine Fülle von Propagandamaterial, das jedem Genossen brauchbare Dienste leisten wird.

Aus der Internationale.

Spaltung der Belgischen Arbeiterpartei und Gründung der kommunistischen Partei Belgiens.

Aus Brüssel wird uns geschrieben: Am 29. Mai tante hier der Kongreß der „Amis de l'Exploité“. Unter diesem Namen hat sich der linke Flügel der belgischen Arbeiterpartei, dessen Organ der Brüsseler „Exploité“ ist, getraut. Nach einer lebhaften Diskussion, in der fast alle Redner die sofortige Auflösung des linken Flügels von der reformistischen B. A. P. verlannten und in der alle Redner ihre Zustimmung zu dem vorerlegten kommunistischen Programm gaben, schritt man zur Abstimmung. Mit 713 gegen 35 Stimmen bei 30 Enthaltungen wurde folgende Entschlieung angenommen:

Die am 29. Mai 1921 zu einem Kongreß vereinigten Gruppen der „Amis de l'Exploité“ erklären sich mit den Schlusfolgerungen der von der Resolutionskommission erstatteten Bericht einverstanden und beschließen die Gründung einer vereinten Partei Belgiens.

„In Konsequenz dessen benennen sie das provisorische Komitee mit der Aufgabe, die neue Partei zu organisieren und sich zu diesem Zweck mit den kommunistischen Gruppen in Belgien und mit dem Exekutivkomitee der 3. Internationale in Verbindung zu setzen.“

Nach der Annahme dieser Resolution und nachdem der Vorsitzende des Kongresses die damit erfolgte Gründung der kommunistischen Partei Belgiens proklamiert, erhoben sich die Delegierten und stimmten beglöhrt in die Internationale ein.

Als der Vertreter der B. A. P. das Wort zu einem kurzen Referat über die kommunistische Bewegung in Deutschland nahm, und als er dem Kongreß die Grüße der deutschen Genossen überbrachte, wurde er mit stürmischem Händeklatschen von den belgischen Genossen empfangen. Es war das erste Mal seit dem Kriege, daß wieder ein deutscher Genosse zu ihnen sprach.

Man ist auch die Nebelmauer, mit der die Politik der Vandervelde, de Broquere, Huysmans die Gehirne der belgischen Proletarier umgeben hatte, durchbrochen. Für die 700 000 Mitglieder starke belgische Arbeiterschaft, die durch und durch reformistisch verlehrt ist, ist damit der Beginn ihrer Krise gekommen. Es wird Aufgabe der jungen kommunistischen Partei Belgiens sein, alle klassenbewußten Elemente aus ihr herauszuziehen und sie Seite an Seite mit dem kämpfenden Proletariat aller Länder zu stellen.

Fortschritte der BAPD im Saargebiet.

Zum ersten Male unter der Besatzung konnte ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter, Genosse Barz, zu den Saararbeitern sprechen. In allen Orten waren die Versammlungen überfüllt. Die Kostensozialisten hatten in ihrer Presse und durch Anschläge in den Betrieben folgendes bekanntgemacht:

Genossen! Arbeiter! Die Erfahrung hat gelehrt, daß es unmöglich ist, in einer Versammlung mit den Kommunisten sachlich zu diskutieren. Sie schreiben systematisch jeden nicht kommunistischen Redner nieder. Mit Kadaververammlungen ist der Arbeiterschaft nicht gedient. Im Gegenteil, das vertieft die Klust immer mehr. Die Gegner lachen und die Arbeiter haben den Schaden. Auch in der Saarbauverammlung wird keine sachliche Diskussion möglich sein. Andere Parteigenossen und Freunde tun am besten, diese Versammlung nicht zu besuchen und überhaupt in keine kommunistische Versammlung hineinzugehen, solange in diesen Versammlungen wüste Schreier den Ton angeben.

Sozialdemokratische Partei.

Sobald oder vielleicht auch gerad, deshalb kamen die Arbeiter dieser Partei in hellen Scharen und konnten sich davon überzeugen, daß die Hege ihrer Presse und Führer wie immer Schwindel war. Genosse Barz zeigte an Hand von Material, wie die herrschende Gesellschaft, innerlich faul, in allen Fugen kracht. Natürlich verlußt der Kapitalismus sich aus diesem Zusammenbruch zu retten, aber das kann nur geschehen, wenn das Proletariat ruhig bei Seite steht. Gerade jetzt, wo die sogenannten Siegerstaaten von den Besiegten die Bezahlung aller im Krieg verpulverten Werte verlangen, verlußt die deutsche Bourgeoisie, nachdem sie die Kriegsgewinne eingelacht hat, die Kosten des Krieges der breiten Masse durch Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit und Erhöhung der Steuern auf die notwendigen Bedarfsartikel aufzuerlegen.

Auf dieses sachliche Referat setzte überall eine Diskussion ein, an der sich besonders die Mehrheitsparteimitglieder beteiligten. Genosse Barz konnte die Einwürde dieser Leute mit Leichtigkeit widerlegen, was sich in begeisterter Zustimmung zu seiner Ausführung fand tat. Auch die Arbeiter an der Saar fangen an einzuleben, daß sie sich den treuen Pronostationen der Bourgeoisie trotz der Fintelzüge der sozialdemokratischen Gewerkschaftsangehörigen entgegennehmen müssen. Überall drängen sie in unsere Reihen, weil sie eingesehen haben, daß in dem kommenden Kampf nur die BAPD, ehrlich und klar ihre Interessen vertritt.

In den Versammlungen wurden für die Opfer der Ebert-Republik 2777 Mark gesammelt.

Verflechtung der Arbeitslosenfrage im volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Die Erledigung der Arbeitslosenfrage wurde schon vorzeitig durch alle Bemühungen unserer Fraktion über die Pausen des Reichstages hinaus verschleppt. Die Anträge wurden einem Unterausschuss zur Bearbeitung überwiesen, damit der Volkswirtschaftliche Ausschuss in seinen Sitzungen am 30. und 31. Mai sie endgültig für das Menum verabschieden konnte. Die Anträge unserer Fraktion auf Erhöhung der Unterstützungssätze lauteten:

1. Die Arbeitslosenunterstützung ist festzusetzen einheitlich für das ganze Reich unter Berücksichtigung der Gewerkschaften nach dem jeweiligen Existenzminimum. Bei längerer Dauer der Arbeitslosigkeit sind irgendwelche Abzüge von der Unterstützung unstatthaft.
2. Die Unterstützungssätze für männliche und weibliche Arbeitslose sind gleichzustellen.

Der Antrag für die Unterstützung der Kurzarbeiter lautet:

Kurzarbeiter erhalten durch die Arbeitslosenfürsorge eine dem Lohnausfall entsprechende Unterstützung, deren Kosten die produktivsten Unternehmen zu tragen haben.

Der Antrag der U.S.P.D. und S.P.D. ging dahin, die bestehenden Unterstützungssätze für männliche Arbeitslose mit eigenem Haushalt auf 16 Mark; wenn sie in dem Haushalt eines andern leben, auf 13 Mark; über 16 bis 21 Jahre auf 11 Mark, unter 16 Jahren auf 8 Mark täglich. Für weibliche Arbeitslose in demselben Verhältnis auf 13, 11, 9 und 5 Mark täglich. Die Familienzuschläge für den Eheatten auf 5 Mark, für Kinder bis zu 16 Jahren auf 4 Mark täglich zu erhöhen.

Für Kurzarbeiter war folgender sozialdemokratischer Antrag gestellt:

Allen Kurzarbeitern ist bei der verkürzten Arbeitszeit entsprechende Lohnausfall zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus entstehenden Kosten auf die Mittel der produktivsten Arbeitslosenfürsorge.

Von unserer Fraktion war für den letzten Antrag ein Abänderungsantrag eingereicht, der folgenden Wortlaut hatte:

Allen Kurzarbeitern ist bei der verkürzten Arbeitszeit der volle Lohnausfall vom Arbeitgeber zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus entstehenden Kosten auf die Mittel der produktivsten Arbeitslosenfürsorge.

In der Sitzung des Unterausschusses erklärte Ministerialrat Dr. Weigert (Reichsarbeitsministerium), daß es der Reichsregierung unmöglich sei und sie es nicht beantworten könnte, die Unterstützungssätze für die Arbeitslosen zu erhöhen. Der Anreiz zur Arbeit müsse unbedingt erhalten bleiben. Deshalb müssen die Unterstützungssätze erheblich hinter den Arbeitsverdienst zurückbleiben. Die Regierung ist weiter der Auffassung, die bestehenden Sätze reichen für die fortlaufende Lebenshaltung - Essen, Wohnung usw. - der Arbeitslosen aus. Die Regierung sei bereit, für diejenigen, die über 26 Wochen arbeitslos sind, eine einmalige Unterstützung von 600 Mark zu gewähren. Die Erklärung des Reichsarbeitsministers Braun im Volkswirtschaftlichen Ausschuss am Montag den 30. Mai war im gleichen Sinne gehalten. Er versuchte darüber hinaus noch nachzuweisen, daß die gegenwärtigen Unterstützungssätze fast an die Arbeitsverdienste heranreichen. Diese Behauptung versuchte er demot zu beweisen, daß er die höchsten Unterstützungssätze eines Arbeitslosen, Frau und vier Kinder der Klasse A, also der Großstädte, mit den Tariflöhnen der dort wohnenden Arbeiterkategorie in der untersten Klasse, also Klasse E, gegenüberstellte. Und auch dann noch schlug dieses Hochververhältnis fehl. Ebenso wurde der Antrag, der die Unterstützungssätze der Kurzarbeiter betrifft, als ungangbar bezeichnet.

Damit waren die materiellen Anträge, die in den zehn Forderungen des A.D.G.B. enthalten sind und gegenüber für Hunderttausende von Arbeitslosen und Kurzarbeitern die allerbestmöglichen sind, um sie mit ihren Familien vor der völligen Verelendung zu schützen, von der Regierung abgelehnt.

Was geschieht nun seitens der Vertreter des A.D.G.B., von den Rednern der S.P.D. und U.S.P.D. Fraktionen?

Die Redner der S.P.D. zogen wieder die oft erörterten "Probleme" - die Verplanung der Arbeiter auf das Land, die Abschichtung der polnischen Arbeiter, die Urbarmachung von Moor- und Dehland, Kanalbauten und sonstige Kolonialarbeiten - auf. Sie vermieden es aber vollständig, nach der Regierungserklärung auf den materiellen und dringend so notwendigen Forderungen der Arbeitslosen zu bestehen.

Dihmann verhielt sich in seinen Ausführungen die Arbeitslosenfrage mit allgemeinen Wirtschaftsproblemen und forderte, daß die zuständigen Ministerien in aller nächster Zeit einen Bericht über den Beschäftigungsgrad und die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Industriezweige geben sollten, um hieraus dann erörtern zu können, inwieweit eine höhere Beschäftigung sich erzielen lasse. Dihmann stellte auch einen demagogischen Antrag.

Genosse Malzahn richtete an die Regierung die Frage, was sie zu tun gedenke, um der Absicht der Unternehmer, den Arbeitslosen zu belästigen, entgegenzutreten und vermieße hierbei auf das bekannte Rundschreiben der Arbeitgeber. Er forderte weiter darüber hinaus, welche Maßnahmen die Regierung gegen die willkürlichen Betriebsstilllegungen und -Erweiterungen der lebenswichtigen Betriebe, die vom kapitalistischen Profitstandpunkt aus erloschen zu erweisen gedenke.

Das Verkapitalisierte ginge jetzt, nachdem der Reichstag mit Hilfe der S.P.D. den Rednern und Berichterstattern aus den Mitteln der Allgemeinheit das 3. und 4. Milliardenprogramm gemacht habe, in brutaler Weise mit Massenentlassungen und Ausweisungen von Tausenden von Arbeitern vor. Welche Maßnahme hat dann den Ausführungen des Reichsarbeitsministers Braun entgegen und widersteht die ungeheure Aufgabe der Arbeitslosen. Er forderte, daß auf dem schnellsten Wege die Erhöhung der Unterstützungssätze erfolgen müssen. Er begründete die von der S.P.D. gestellten Anträge. Zur Arbeitsbeschaffung forderte er, daß das Reich, die Länder und die Gemeinden in erhöhtem Maße Mittel für die notwendigen Arbeiten der Volkswirtschaft zur Verfügung stellen müssen. Er verwies dabei auf die ungeheure Wohnungsnot in den Großstädten, auf den verarmten Zustand der vorhandenen Wohnungen in den Arbeitervierteln. Was ist es Aufgabe der Kommune, in eigener Regie unter Ausschaltung der kapitalistischen Spekulation die Arbeiter unter der Kontrolle der Gewerkschaften nach dem schnellsten Wege zu versorgen. Die finanziellen Zuschüsse durch das Reich und die Länder müssen in höherer Weise an die Kommunen erfolgen. Der Ministerpräsident einer nationalsozialistischen Regierung hat sich nicht um die Arbeitslosenfrage gekümmert.

Das Wettrennen nach rechts!

(Reichstags-Sitzung Sonnabend, den 4. Juni 1921.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung leit Präsident Loebe mit, daß der von den Polen gefangene Abgeordnete Hartmann wieder freigelassen sei. (Zuruf der Kommunisten: Und was ist mit Thomas?)

Die U.S.P.D. stellt einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung, in dem der arbeiterfeindliche Charakter dieser Regierung festgestellt, ihr das fleißige Mißtrauen ausgesprochen und der schärfste Kampf angefragt wird.

In der Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung scheidet Abg. Böhm (Bayr. U.P.) der Regierung wohlwollende Neutralität zu und spricht dabei der bayerischen Einwohnerwehr den warmsten Dank aus.

Abg. von Orde (D.R.) hält eine antisemitische Schreie gegen die Herrschaft des Judentums. Die Vorherrschaft des jüdischen Elementes in dieser neuen Regierung ist doch gar nicht bestreitbar. Wir verlangen der Regierung, die das Minimum angenommen hat, das Vertrauen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) spricht gegen die Deutschnationalen (Soz.).

sehr entgegenkommend gegenüber der Deutschen Volkspartei. Zu den Steuerfragen erklärt er: Wir verlangen in „erster Linie“ Besteuern erst dann kann von indirekten Steuern die Rede sein. Wenn auch die indirekten Steuern die Arbeiterklasse schwer bedrücken werden, so sehen wir doch keinen anderen Ausweg. Wiewohl mir, wenn die Unabhängigen in der Regierung selbst für eine niedrige Belastung der Arbeiter eintreten.

Eine allgemeine Amnestie würde von den Arbeitern nicht verstanden werden.

Mit der Deutschen Volkspartei können wir in eine Regierung deswegen nicht gehen, weil eine Verbreiterung der Regierung nach rechts die Schwierigkeiten mit der Entente noch vermehren würde. (Zu der Deutschen Volkspartei gemeldet):

Wir wollen niemand den Weg verlegen, der an dieser Regierung mitarbeiten will.

Wenn die deutschen Arbeiter ihre chauvinistischen Redensarten von der Regierungsbank anhören würden, würden sie ihre Vertrauensmänner aus einer so zusammengesetzten Regierung zurückziehen. Zu der Regierung haben wir volles Vertrauen.

Abg. Bursage (Zentr.) hält eine Rede für die Regierung.

Abg. Cispian (U.S.P.): Die Gefahr eines bewaffneten Aufstandes der Konterrevolution besteht weiter.

Die Sozialisierung soll endlich durchgeführt werden. Die Rechtssozialisten haben unsere Sozialisierungsbestrebungen bisher nicht unterstützt, trotz der Zustimmung der Gewerkschaften. Wir wollen abwarten (1), ob sie etwas Praktisches für die Sozialisierung in Zukunft leisten werden.

Wenn die Mehrheitssozialisten den Beweis nicht erbringen, daß sie die Sozialisierung ernsthaft durchführen wollen, so werden sie uns zu schärflichen Gegnern haben.

Unsere Eintritt in die heutige Regierung verbietet uns unsere Grundzüge, denn Sozialisten in einer Koalitionsregierung sind Gesandte und Geiseln der Bürgerlichen. Im Kapp-Zug wurden nur durch den Klassenkampf die Diktatoren gestürzt. Eine Demokratie in einem Klassenstaat ist undenkbar. Rechtssozialisten sollten sich die Frage vorlegen, ob sie den Mut haben, mit uns eine rein sozialistische Regierung einzugehen.

Für meine Fraktion gebe ich folgende Erklärung ab: Ein Mißtrauen gegen die Regierung lehnen wir ab.

Das Programm der Reichsregierung ist zwar unseren Forderungen wegen politischer Unreife und wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht entgegengekommen, es entspricht den Ansprüchen unserer Partei nicht, ihr Entzettel wurde herbeigeführt durch die Notwendigkeit, den Reichstagsbeschluss für Annahme des Minimums durchzuführen. Deswegen lassen wir der Regierung hinreichenden Spielraum zur Wiederherstellung internationaler Beziehungen. Wir werden die Regierung auch weiter nach ihren Taten beurteilen und behandeln.

Abg. Kütz (Dem.): Wir sind gegen jede Wirtschafts- und Steuerpolitik, die die Substanz der Vermögen angreift (1). Wir sind gegen die Sozialisierung, Normalisierung, Epifizierung, gegen jedes Experiment am Wirtschaftsferpa. Die gegenwärtige Basis der Regierung ist zu schwach. Ein Mitarbeiter der Deutschen Volkspartei halten wir für notwendig.

Abg. Kurt Geyer (B.A.P.D.): Die Parteienkoalitionen zwischen den Koalitionsparteien und den Parteien der Rechten gingen nur um den Grad des Wohlstandes des sie auch bei den Reparationsleistungen in Deutschland zu führen gedenken. Die heiligsten Schichten treiben heute einen Kurs, der unerbittlich ist. Wir gegenüber den Entscheidungen der Vorkriegszeit. Die Arbeiterklasse soll die Kosten des verlorenen Krieges tragen, die infolge der Kriegspolitik der bürgerlichen Parteien einschließlich der Rechtssozialisten aufzubringen sind.

Die Unterdrückung unter dem Minimum ist tatsächlich auf dem Rücken der deutschen Arbeiterklasse geschehen worden. Die deutsche Arbeiterklasse muß zunächst das Joch der deutschen Sklaverei brechen und dann daran gehen, den Druck internationaler Sklaverei von sich zu wehren. Reichsminister und Produktionsmittel werden von den besitzenden Schichten im Zustand ausgeführt der Selbsterhaltung wegen. (Sehr wahr! bei den Komm.) Die Rechten können nur eine Abhilfe, den größten Teil der Reparationslasten den deutschen Arbeitern aufzubringen.

Wir sind uns darüber klar, daß mit den Mitteln einer bürgerlichen Wirtschaftsordnung allein eine Erfüllung der Reparationsleistungen nicht möglich ist. Die auf Kosten der besitzenden Klassen gehen soll, sondern daß dazu starke Eingriffe in die deutsche Wirtschaft nötig sind. Die eine zweckmäßige Regierung der deutschen Wirtschaft zur Entlastung an den Massenbedarf in der Richtung der Verwirklichung des Sozialismus her zu bewegen. Solche staatlichen Eingriffe in die deutsche Volkswirtschaft können niemals von einer bürgerlichen Regierung oder von einer Koalitionsregierung, wie von einer parlamentarischen Regierung überträgt vollzogen werden, solche staatliche Eingriffe in die deutsche Volkswirtschaft in der Richtung zum Sozialismus können nur durchgeführt werden durch revolutionäre Organe der Arbeiterklasse selbst, die sich in Bewegung setzen und selbst das Erforderliche tun muß, um solche staatlichen Eingriffe in die deutsche Volkswirtschaft durchzuführen. (Sehr wahr! bei der S.P.D.) Eine solche Regierung der Wirtschaft ist nicht möglich auf dem Wege der friedlichen Evolution, auf dem Wege einer parlamentarischen Verfassung der Klassen, sondern sie ist

türlich über diese grundlegenden Fragen, die zur Steuerung der Arbeitslosenfrage Vorbedingung sind, mit nichtsliegenden Redemarten hinweg.

Es ist bezeichnend, als die vorliegenden Anträge zur Abstimmung kommen sollten, daß die Vertreter der S.P.D. und ihrer Voran Dihmann erklärten, sie verzichteten auf die Zustimmung über die von ihnen selbst gestellten Anträge. Sie forderten die Zurückstellung bis von dem fünf in Betracht kommenden Ministerien die durch den neuen Antrag Dihmanns verlangten Berichte eingegangen seien. Gen. Malzahn bestand darauf, daß die Anträge, die sich mit der Erhöhung der Unterstützungssätze, sowie der Entschädigung der Kurzarbeiter betreffen, sofort zur Abstimmung kommen. Die Begründung Dihmanns, diese Anträge zurückzustellen, bis die fünf Ministerien Bericht erstattet hätten, stelle lediglich ein Zurückweichen vor den Konfessionen dar, die sich aus der Ablehnung der materiellen Forderungen durch die Regierung ergeben.

Darauf brüchig der Ausschuss gegen die Stimme anderer Vertreter, die Anträge nicht zur Abstimmung zu bringen.

Die Ablehnung dieser Anträge durch die Regierung bei der Abstimmung hätte empfindlicher auf die Arbeiterklasse wirken können, wenn die Arbeiterklasse nicht durch die Forderungen der Arbeiterklasse, die die Arbeiterklasse nicht durch die Regierung ergeben.

Darauf brüchig der Ausschuss gegen die Stimme anderer Vertreter, die Anträge nicht zur Abstimmung zu bringen.

Die Ablehnung dieser Anträge durch die Regierung bei der Abstimmung hätte empfindlicher auf die Arbeiterklasse wirken können, wenn die Arbeiterklasse nicht durch die Forderungen der Arbeiterklasse, die die Arbeiterklasse nicht durch die Regierung ergeben.

Darauf brüchig der Ausschuss gegen die Stimme anderer Vertreter, die Anträge nicht zur Abstimmung zu bringen.

nur möglich im ununterbrochenen langwierigen Klassenkampf, der von der Eroberung einer revolutionären Position nach der andern vorwärts schreitet bis zur endgültigen Eroberung der vollen Macht durch das Proletariat. (Sehr richtig! bei der U.S.P.D.)

Im Volkzuge dieses Klassenkampfes liegen die Grenzen, die uns von der U.S.P. trennen.

Es genügt nicht, daß man die großen Entwicklungstendenzen in der Welt und in der deutschen Volkswirtschaft kennt, es genügt nicht, daß man theoretisch die Notwendigkeit des Klassenkampfes kennt und nach außen vertreibt, sondern, es muß hinzukommen, daß man von der sozialistischen Wissenschaft zur sozialistischen Tat kommt.

Das ist das, was uns von der U.S.P. scheidet.

Genoss, Herr Abg. Cispian hat heute hier theoretische Ausführungen gemacht, die in völligem Einklang standen mit der sozialistisch-revolutionären Theorie, aber auf dem Gebiet des revolutionären Handelns. Insofern auf dem Gebiete der Agitation und der Propaganda hat die U.S.P. vollständig versagt. (Sehr wahr! bei der U.S.P.) Und heute setzt die U.S.P. unter ihre Passivität den Schlußstrich. Heute ist der Tag, an dem sie ihren politischen Sündenfall vollziehen wird, denn von heute an wird die U.S.P. auf der heute betretenen Bahn mit rasender Geschwindigkeit hinabgleiten, bis sie im Lager der Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien landen wird. (Sehr wahr! bei der U.S.P.) Es ist dies ihr erster positiver Schritt zur Koalition mit den bürgerlichen Parteien. Ich prophezeie der U.S.P. von ihrem heutigen Schritte in der Richtung zur Koalitionspolitik wird sich in den Reihen der Arbeiter der Widerpruch gegen ihre Politik regen und sie wird binnen kurzem ganz andere Richtungsstretigkeiten in ihrer Partei erleben, als sie sie bei uns beobachten kann. Deswegen beschäftigen sie sich möglichst wenig mit den Richtungsstretigkeiten innerhalb unserer Partei.

Das Ziel des Kabinetts Wirth ist, den deutschen Kapitalismus wieder zur Gesundheit zu bringen. Das innerpolitische Programm dieser Regierung ist reaktionär. (Sehr richtig! bei den Komm.) Die Sozialdemokraten stellen sich an die Seite der bürgerlichen Reaktionäre.

Genosse Geyer schildert das Töben der Ausnahmejustiz, des welchen Terrors in längeren Ausführungen. Während er erzählt, daß der kommunistische Abgeordnete Wendelin Thomas in der Strafanstalt, wo er eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren verbüßt, mit der Arbeit des Besenbindens beschäftigt wird, erlöst lebhaftes Pröken bei der S.P.D. (Zuruf eines sozialdemokratischen Abg. „Arbeit schändet nicht!“) Er zählt bei höchstem Grollen der bürgerlichen Herrschenden Fälle jüdischer Racheakte gegen Arbeiter auf. Dieser Geist der Rache lebt in der Person des Herrn Schiffer und in der ganzen Regierung Wirth. Es erscheint uns fast unfassbar, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei heute dieser Regierung nicht nur nicht ein Mißtrauensvotum geben, sondern ihr auch weiteren Spielraum zu reaktionären Taten lassen will. (Sehr wahr! bei der U.S.P., Laufen bei der U.S.P.) Gegen diese Regierung gibt es für die Arbeiterklasse nur das Eine, nämlich die Ausnahme des unerbittlichen Kampfes innerhalb wie außerhalb des Parlaments.

Anzweihlen ist folgender Antrag der Regierungsparteien eingegangen:

1. Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis. Er erklärt sich damit einverstanden, daß die Regierung alles daran lege, um die übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Allierten zu erfüllen.

2. Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung über Obereschleffen.

Es folgen Erklärungen zu den Vertrauens- bzw. Mißtrauensanträgen gegenüber der Regierung:

Abg. Dr. Stresemann (D.V.P.): Die Erklärungen des deutschen Reichsanstalters über die deutschen Ansprüche auf Oberschleffen sind den unsere volle Zustimmung. Eine Beteiligung an einer Vertrauens- oder Mißtrauensabstimmung lehnen wir ab. Beim Antrag Müller-Franken werden wir uns beim ersten Abgang der Stimme enthalten, für den zweiten Abgang betr. Oberschleffen werden wir stimmen.

Abg. Cispian (U.S.P.):

Den ersten beiden Sätzen des Antrages der Regierungsparteien für die Regierung stimmen wir zu, behalten uns aber vor, die Maßnahmen im einzelnen sachlich zu prüfen. Den letzten Satz über Oberschleffen lehnen wir ab.

Abg. Schulz-Bromberg (D.Koll.): Wir lehnen jede Art einer Vertrauensabstimmung für diese Regierung ab. Von den Worten des Reichsanstalters über Oberschleffen können wir das meiste unterschreiben, vermissen aber Latein.

Die Abstimmung:

Das Mißtrauensvotum der U.S.P.D. wird von allen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen gegen die Stimmen der U.S.P.D. und des Abg. Paul Levl abgelehnt.

Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag Schulz-Bromberg (D.Koll.) ist gesamtlich. Der Antrag wird 261 gegen 77 Stimmen (der Deutschnationalen, Kommunisten und des Abg. Dr. Paul Levl) abgelehnt.

Der Vertrauensantrag der Regierungsparteien wird in seinem ersten Teil mit 213 Stimmen (Demokraten, Zentrum, Rechtssozialisten, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) gegen 77 Stimmen (Deutschnationale, B.A.P.D. und Abg. Dr. Paul Levl) bei 48 Stimmentzählungen (D.V.P.) angenommen.

Der zweite Absatz über Oberschleffen wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Unabhängigen, Kommunisten und Abg. Dr. Paul Levl angenommen.

Für den Antrag der U.S.P.D., Aufhebung der Sondergerichte, des Ausnahmezustandes, Amnestie usw. stimmen nur die Kommunisten.

Der unabhängige Antrag auf Amnestie wird mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien und der rechtssozialistischen Partei abgelehnt.

Zugeworfen wird der sozialdemokratische Antrag auf Nachprüfung der Urteile unter dem Gesichtspunkt der „Beendigung“. Dafür stimmen die U.S.P.D., Abg. Dr. Paul Levl, die U.S.P., S.P.D. und ein Teil des Zentrums, darunter der Reichsanstalter Einige Anträge auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Württemberg, Bayern werden die Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Das auch die gesamten bürgerlichen Parteien im Reichstage die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und die Entschädigung der Kurzarbeiter abgelehnt hätten. Durch die Vorgänge im Volkswirtschaftlichen Ausschuss wird das bekräftigt, was die Kommunisten wieder und immer wieder betonen haben, daß die Forderungen des A.D.G.B. von dem bürgerlichen Parlament des kapitalistischen Klassenmotes nicht erfüllt werden.

Dihmann hat in seiner Rede im Menum des Reichstages am 4. Mai auf die Frage des Genossen Malzahn: „Soll ich gewillt, wenn der Reichstag die Forderungen ablehnt, draußen für den Kampf um diese Forderungen einzutreten?“, folgendes erklärt: „Wenn die Mehrheit dieses Hauses unsere berechtigten Forderungen nicht entsprechen will, sind wir gewillt, auch außerhalb dieses Hauses durch eine einheitliche proletarische Front den Kampf für die Durchführung dieser Forderungen aufzunehmen.“ Dihmann versucht, durch die Verflechtung der Anträge und durch geschickte parlamentarische Kunst dem Kampf aus dem Wege zu gehen. Die Arbeiter brauchen werden durch die Behandlung der Arbeitslosenfrage immer mehr zu der Erkenntnis kommen, daß die Unabhängigen, Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvertreter sich weigern, für ihre eigenen

türlich über diese grundlegenden Fragen, die zur Steuerung der Arbeitslosenfrage Vorbedingung sind, mit nichtsliegenden Redemarten hinweg.

Deutschnationale für Siedlung.

Während ist die Sorge der Junterpartei um „umfassende landwirtschaftliche Siedlung“... Land- und Reichstag widerhalten von ihren überströmenden Siedler-Liebeserklärungen.

Der Landtag wolle das Staatsministerium erlauben, zur Förderung einer planmäßigen und umfassenden landwirtschaftlichen Siedlung:

1. Die bestehenden gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften durch erhöhte Kapitalbeteiligung zu stärkerem Umlauf von geeignetem Siedlungsland zu veranlassen.
2. Die bestehenden Hindernisse einer erfolgreichen Siedlungspolitik durch weitgehende Beteiligung des Staates an den Kosten zu beseitigen, insbesondere:
 - a) die Kosten für die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen (Schule, Kirche, Wegebauten, Gemeindefeld usw.) auf den Staat zu übernehmen,
 - b) den Rentenbankkredit durchgängig bis zu 90 v. H. zu gewähren,
 - c) die volle Kursdifferenz bei der Veräußerung der Rentenbriefe auf den Staat zu übernehmen,
 - d) erhöhte Mittel für den Zwischkredit zur Verfügung zu stellen.
 - e) erhöhte Beihilfen für die Folgeeinrichtung zu gewähren.
 - f) aus fiskalischen Forsten in der Nähe von Siedlungsbauten Holz für solche zu wesentlich herabgesetzten Preisen zur Verfügung zu stellen.
3. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Schaffung von selbständigen Uferanbauten (Anliegersiedlung) zweckentsprechend durchzuführen, insbesondere die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften anzuhalten, bei Aufteilung von größeren dazu geeigneten Grundstücken dem Bedürfnis der dort bereits vorhandenen kleinen Landbesitzer auf angemessene Vergrößerung ihrer Grundstücke entsprechend den Bestimmungen des Reichs-Siedlungsgesetzes ausweichend Rechnung tragen.
4. Die Ausfüllung der Moor- und Oedländer durch erwerbslose Arbeitskräfte schleunigst in Angriff zu nehmen und hierfür Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereit zu stellen.
5. Die für den Wohnungsbau im Jahre 1921 zur Verfügung gestellten Reichsmittel in höherem Maße als bisher für Siedlungsbauten auf dem Lande sowie für Neubauten und größere bauliche Veränderungen zur Beschaffung von Wohnungen für Landarbeiter zu verwenden.
6. Bei der Reichsregierung dahin vorzusetzen zu werden, daß die Kaufkraft auf dem Lande steuerlich dadurch begünstigt wird, daß die über den Dauerwert hinausgehende Mehraufwendungen des Erbauers für das Steuerjahr, in dem sie gemacht werden, bei der Einkommensteuerveranlagung in Abrechnung gebracht werden können.

Also Vater Staat, erfülle deine Pflicht gegenüber der landungrigen Bevölkerung. Du darfst, die Deutschnationalen sind damit einverstanden, Moor- und Oedländer kultivieren, zu Siedlungsbauten aus deinen Forsten Holz liefern kurz weitgehend die Kosten zur Siedlungstätigkeit auf dich nehmen.

Das Gegenteil verlangen jedoch die Deutschnationalen. Sie wollen für ihre Mühe (Küden der Siedler) eine Belohnung haben. In Abschnitt 6 geforderte Abrechnung bei der Einkommensteuerveranlagung heißt nichts anderes, als die Forderung auf gleichzeitige Einkommensteuer-Hinterziehung der Junker und sonstigen Wucherer, die ihr Geld in ländlichen Bauten anzulegen gedenken.

Wir schlagen weiter vor, nicht nur kultiviertes Moor- und Oedland zur Schaffung selbständiger Uferanbauten zur Verfügung zu stellen, sondern vor allen Dingen das von den Junkern und Großgrundbesitzern brachgelegte Land zur Bewahrung, zur intensiven Bewirtschaftung zu beschlagahmen, weitestgehend zu enteignen im Interesse der Volksernährung.

Im Abschnitt 3 wird sogar von „Aufteilung größerer geeigneter Landgüter“ gesprochen. Was heißt in der Junterpartei „geeignete Landgüter“? Etwas solche, die infolge Vorkriegswirtschaft vor dem Ruin stehen? Sind sie geeignet, wenn die statt lebenden verlassenen Großgrundbesitzer ihre Finanzen gefunden wollen durch den Verkauf ihres Gutes an den Staat, oder an die durch Staatsmittel dazu in die Lage gesetzten Siedlungsgesellschaften? Zwei Fliegen auf einen Schlag. Dem Landesbesitzer auf Kosten des Steuerzahlenden Volkes aus dem Prud geschlossen den Siedlungskünftigen gleichzeitig Brei um den Mund geschmiert.

Die Junter verstehen noch mehr unter „geeigneten“ Gütern. Im Reichstag wurde zur Ergänzung des Abschnittes 3 des deutschnationalen Siedlungsprogramms folgende Anfrage gestellt:

„Die provinzielle gemeinnützige Siedlungsgesellschaft, die schleswig-holsteinische Hofebank zu Kiel, beabsichtigt, das zum vormaligen königlichen Hausbesitzkommis gehörige, von der Hofkammer ihr zum Kauf angebotene Gut Harbeck im Kreise Segeberg zu Siedlungszwecken zu erwerben.“

Das Gut ist für Siedlungszwecke geeignet und dringend benötigt, weil große Nachfrage nach Siedlungsland besteht und weil in Schleswig-Holstein nach Abtretung der nördlichen Kreise Staatsdomänen in nennenswertem Maße nicht vorhanden sind, deren Bereitstellung für Siedlungszwecke nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 11. August 1919 in Betracht kommen könnte.

Was die Kosten für die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen (Schule, Kirche, Wegebauten, Gemeindefeld usw.) auf den Staat zu übernehmen, b) den Rentenbankkredit durchgängig bis zu 90 v. H. zu gewähren, c) die volle Kursdifferenz bei der Veräußerung der Rentenbriefe auf den Staat zu übernehmen, d) erhöhte Mittel für den Zwischkredit zur Verfügung zu stellen.

Der „vormalige“ König wird nicht verkehren, der Junterpartei für ihre Anfrage seinen besonderen Dank auszusprechen. Er wird die Mühe seiner Krappen anerkennen, gilt es doch seine dem Volke entgegenen Bestrebungen zu sichern, ehe sie eine verrückte Regierung auf den Gedanken kommt, sie als das zu erklären, was sie sind — Volksgüter. Die Deutschnationalen wissen, daß der Reichstag dadurch am leichtesten in Sicherheit gebracht werden kann, indem man ihn ummünzt in Gold.

Das arbeitende Volk hat jedoch die Pflicht, sich einzulegen dafür, daß diese Güter dem Volke, ohne Nachsehen von Geldbesitzern an den kaiserlichen Deputierten Wilhelm, zurückgewonnen werden.

Etwas offener und ehrlicher als das deutschnationale Siedlungsprogramm das wahre Gesicht der Großgrundbesitzer zeigt, offenbart es der Kammerliche Landbund.

Er stellt fest, daß unter den heutigen Verhältnissen überhaupt nicht gefördert werden kann oder höchstens nur wenn damit nicht die Interessen des Großgrundbesitzers, der die Aufgabe der Ernährung der Städte habe, gefährdet werden. Als einzige Lösung der Siedlungsfragen komme neben Uferanbau von unkultiviertem Land nur das Land in Betracht.

es ist nötig, wie es unsere Väter seit Jahrhunderten von Jahren getan haben, ein größeres Deutschland zu schaffen, damit dem Wachstum unserer Bevölkerung entsprechend Neuland gewonnen wird und alle Siedlungslustigen befriedigt werden können. Dazu gehört aber Stärkung unserer jetzt zusammengebrochenen Staatsweins, Wiederaufbau der deutschen Macht, wie es im Landbund angestrebt wird.“

Die anderen Worten: Ihr Landhungerigen organisiert euch im Landbund (der unter deutschnationaler Führung steht), um die Grundbesitzer zu einem neuen imperialistischen Abenteuer zu schaffen. Schlagt den französischen, englischen, russischen usw. Arbeiter und Bauern den Schädel ein, um euch Land zu Siedlungszwecken zu verschaffen, aber laßt eure Unterdrücker und Ausbeuter, die Junker und Großgrundbesitzer, unangestastet ihr Schmaragdparadies weiter führen. Der Landbund verschweigt allerdings das eine, daß der Bauer trotzdem er in Dienste der rauhbeinigen herrschenden Klasse seit tausenden von Jahren sich hinknietet, nie dadurch seine eigene Lage verbessert hat, nie ererbtes Land als Eigentum zugewiesen bekam, sondern immer wieder die Macht seiner Unterdrücker gestärkt, damit seine eigenen Fellekter enger schmiedet hat.

Den Landhungerigen des ländlichen, arbeitenden Volkes zu stillen kann nur das Werk des gesamten arbeitenden Volkes sein.

Der Boden gehört dem arbeitenden Volk. Deshalb kämpft, Arbeitender und Landarbeiter, an der Seite des revolutionären Proletariats zur Niederwerfung derer, die eure Güter euch entziehen. Entzieht die Großgrundbesitzer! Übernehmt und bebaut die großen Güter gemeinsam, in eurem, in des ganzen arbeitenden Volkes Interesse.

Landarbeiterstreik in der Ufermark.

Die ufermärkischen Landarbeiter sind in den Streik getreten. Trotz aller mühsamen Versuche der Kreis- und Gausleitungen des Landarbeitervereins war es nicht möglich, tarifliche Vereinbarungen zu treffen, weil die ufermärkischen Junker ein Verhandeln schroff ablehnten und auch von einer Vermittlung des Landrates nichts wissen wollten. Die Herren von Galm und Ar sind auf der Suche nach Streikbrechern und schon ist es ihnen gelungen, größere Truppen von Arbeitswilligen anzuführen, die den ufermärkischen Landarbeitern in den Rücken fallen.

Eugen Levin's letzte Tage.

Genossein Levin erzählte uns von den letzten Tagen ihres Mannes: Am 13. Mai wurde mein Mann verhaftet. Zwei Tage später war auch ich in Haft.

Die Zelle meines Mannes stand immer offen, so daß ich ihn bei den letzten Besuchen früher sehen konnte, als er mich. Als ich ihn zum erstenmal in seiner Zelle traf, stand er gerade mitten in der Zelle. Er erwartete nicht, mich zu sehen und wurde sehr blaß, sehr erschüttert. Er lächelte aber bald wieder, versuchte mich zu beruhigen.

„Es konnte doch viel schlimmer sein und viel früher. Denke doch, daß ich fast durch ein Wunder damals aus dem Bormärts entkam. Ein halbes Jahr ist uns geschenkt worden. Wie oft saufen im Rheinland und in Berlin die Augen an mir vorbei. Wir können uns nun aussprechen, wir werden uns vielleicht noch ein paar mal sehen. Abschied voneinander nehmen.“

Der Schutzmann, der sich immer in der Zelle aufhalten mußte, weinte. Er rechtfertigte sich für etwa begangene Grobheiten: „Denken Sie, was meine Frau ausstehen mußte, als sich das Gerücht verbreitete, 10.000 Schutzleute würden von den Spartakisten erschossen werden.“

Immer wieder erzählte mein Mann mir, daß ein Betrieb in München ihm Brot gelandt habe, voll Freude und Dankbarkeit, daß man an ihm denke, daß er unter den Arbeitern Freunde und Kameraden besaß. Allmählich fiel mir ein seltsames Geräusch auf, das sich wiederholte. Da bemerkte ich die schweren Ketten, die ihm an Arm und Bein geschnitten waren. Mein Mann versuchte zu scherzen: „Nun, das ist doch wirklich nicht schlimm. Das ist doch ein eisernes Kreuz. Das habe ich mir um das Proletariat verdient; wahrscheinlich habe ich doch die Sache des Proletariats richtig vertreten.“ Er sagte mir, daß er ganz ruhig sei, zweifelte indessen keinen Augenblick über den Ausgang des Prozesses.

Wir müssen uns auf das Schlimmste gefaßt machen; wenn es nicht eintritt, so ist das ein Geschenk, über das wir uns freuen dürfen.“

Am Tage nach seiner Verhaftung traten etwa 15 Beamte mit erhobenen Häuten in seine Zelle und hätten ihn gewandt, wenn nicht einer, durch meines Mannes Haltung gewonnen, sich auf seine Seite gestellt und ihn geküßelt hätte. Mein Mann wurde furchtbar von zahllosen Kommissionen gequält, die ihn zum größten Teil auszufragen sprachen und verurteilen wollten. Ein junger Burke, der eine dieser Kommissionen beehrte, lebte noch einmal rasch in die Zelle zurück, und bat mein Mann, ihm etwas ins

Ausbeutung mit und ohne Sanktionen

Die „Deutsche Zeitung“ Nr. 230 läßt sich von sachmännlicher Seite aus dem Siegerland berichten:

„Daß auf den meisten Werken die Vorräte in ganz bedenklicher Weise anwachsen. Diese Politik der Hochofenwerke ist einfach unverständlich. Sie schaffen künstlich eine Überproduktion, verteuern den Marktverkehren das Roh Eisen und den Schrott und zwingen außerdem die Erzeuger zur Einschränkung der Förderung, was gar nicht nötig wäre, wenn die Verhüttung der Erze im früheren Umfang wieder aufgenommen würde. ... Daß diese Preisunterschiede unbedingt bald eine Dämpfung der Hochöfen herbeiführen müssen, liegt auf der Hand.“

Stinnespolitik; zwecks Herabsetzung der Erzeugnisse: da: Mittel: Stilllegungen, Vohndruckerei, Arbeiterentlassungen.

Aber auch ohne Sanktionen, nämlich in Frankreich wird genau so verfahren. Die „Information“ meldet:

„In der Metallindustrie des Longwuebeckens hat seit einigen Tagen eine heftige Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit Platz gegriffen. Die Arbeiterentlassungen haben aufgehört und die Arbeit geht nun vorwärts, trotz Herabsetzung der Löhne und Prämien um 1-2 Pro. ... Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß die Krise ihren Höhepunkt überschritten, daß man einer langsamen aber sicheren Besserung entgegenstehe.“

Diesseits wie jenseits der Sanktionsgrenze dasselbe Verfahren: die Bourgeoisie wälzt die Folgen des unsinnigen kapitalistischen Systems auf das Proletariat ab, wie lange noch?

Polen und das ober-schlesische Abenteuer

Die wirtschaftliche Krise in Polen ist durch den ober-schlesischen Aufstand noch verschärft worden. Die polnische Regierung ließ größere Mengen von Fleisch, Mehl, Eisen und anderen Lebensmitteln nach Oberschlesien befördern, um dort Stimmung für Polen zu machen. Dadurch hat sich der Lebensmittelmangel in Polen selbst gesteigert, und die Preise sind außerordentlich in die Höhe gegangen. Ueberdies wird jetzt in Polen eine Steuer auf alle Textilwaren erhoben. Dadurch sind die Kleiderpreise so gestiegen, daß die Arbeiterschaft buchstäblich in Lumpen gehen muß.

Um aus der Finanznot herauszukommen, hat der polnische Landtag nach dem üblichen deutschen Beispiel einen zehnprozentigen Steuerabzug vom Arbeitslohn beschlossen. Daraufhin sind die Bergleute des Gebietes von Sosnowitz und Dombrowa in den Streik getreten.

Die Gewerkschaftsführer, die der verräterischen PPS angehören, haben zwar diesen Streik als mild bezeichnet, da ja auch die polnischen Rechtssozialisten im Landtag für den zehnprozentigen Steuerabzug gestimmt haben. Die Arbeiter blieben aber fest und forderten von der Regierung den Verzicht auf den Steuerabzug. Um den Kohlenausfall zu decken, der sich für Polen durch den Streik ergab, ist zwangsweise ober-schlesische Kohle nach Polen geschafft worden.

Trotz der Zufuhren aus Polen sind die Versorgungsverhältnisse in dem von den polnischen Aufständischen beherrschten Gebiet Oberschlesiens sehr schlecht. Die Fleischpreise haben sich um die Hälfte vermehrt und auch die Preise für Mehl und Zucker, Kleidung und Schuhwaren sind stark in die Höhe gegangen.

Der polnische Junker- und Kapitalistenstaat ist eben völlig bankrott. Er hofft, durch die Eroberung Oberschlesiens eine Gasgengriß zu gewinnen, da er damit die ober-schlesischen Bergwerke seinen französischen Gläubigern als Pfand überlassen könnte. Das ober-schlesische Proletariat wird in gleicher Weise an die Kapitalisten verschachert, mag es nun unter die Herrschaft von Pilsudski's Polen oder von Wittich's Deutschland kommen. Erst die proletarische Revolution wird die ober-schlesische Arbeiterklasse den Klauen der internationalen kapitalistischen Schieber entreißen!

meiner Seite. Er war so blaß, wie später, als ich ihn tot sah. Er lächelte etwas, schrie aber den ganzen Tag bis wir im Zimmer waren. Dann verfluchte er, mir das am leichtesten mitzuteilen, mich „vorzubereiten“. Viel später sagte er „Ja — bald —“ Keine Klagen über sich keine Erbitterung, keine Feindschaft. Und so voll Liebe, so voll Vertrauen zu allen, so voll Glauben an die Menschheit, an ihre Güte. Es sah fast aus, als ob er Mitleid mit ihnen hätte, daß sie eine solche schwere Last auf sich nahmen, ihn zu morben: „Jetzt wird es mir gar nicht schwer sein. Jetzt werde ich keine so leidensvollen Gesichter sehen, wie es im Anfang war, als sie so verheßt waren. Jetzt wissen sie schon ganz gut, daß ich nicht ihr Feind bin.“ Er sah schon den kommenden Tag, die große Zukunft, er lebte schon in ihr. Das trug ihn, verlieh ihm diese fast übermenschliche Kraft und diese „innere Heiterkeit“, von der er im Gerichtssaal sprach. Ein Beamter kam in unser Sprechzimmer und blieb stehen, uns anzu sehen. Ohne Vorwurf oder Erbitterung, ganz ruhig fragte ihn mein Mann, ob er hier dienstlich wäre, und dann so gültig, es sei doch nicht zum Schauen.

Er sprach nur persönliches; von meinem künftigen Leben, vom unermüdeten Kinde veruchte mir alle schwereren Erinnerungen zu nehmen, auf jede Weise in allen Kleinlichkeiten mir das Furchtbare leichter zu machen. Nichts von sich: „Fürcht' dich nicht, mein Mann, es geht es schlimmer.“ Und so war er bis zuletzt. Ein verschärftes Mitleid mit den anderen. Er gab sich selbst auf, um in den anderen aufzugehen. Zu dem Aufseher, der ihn auf keinem letzten Weg begleitete, sagte er: „Es muß schwer sein für Sie, Arbeiter, mich auf diesem Weg zu begleiten.“ Er verzog die Brauen, damit diese Begleitung, sah nur, daß es dem Alten doch nicht leicht fiel, und war ihm dankbar dafür.

Eugen 1 Uhr machte der Aufseher zur Trennung. Mein Mann meinte: „Es wird nicht auf ein paar Minuten ankommen.“ Aber es kam ihnen auf die paar Minuten an. Punkt um 1 Uhr erschien der Scherger, um ihn zu holen. Um meinretwillen, weil ich nicht ging, bat er ihn, uns noch für 5 Minuten allein zu lassen; auch das, weil er nicht in Gegenwart dieses Soldaten von mir Abschied nehmen wollte.

In knapp 5 Minuten erschien der Soldat wieder. Der Korridor war voller Soldaten und mein Mann hatte ihnen gegenüber, der Revolution gegenüber, seine letzte Pflicht zu erfüllen — zu zeigen, wie Revolutionäre in den Tod gehen. Mit hoch erhobenem Kopf, ruhig und gelassen, ohne sich anzusehen, durchschritt er, an den Soldaten vorbei, den Korridor. Er verabschiedete in seiner Zelle, letzte kurze Abschiedsgrüße an die Seinigen. Einige Soldaten für das Lobeswort: „Jetzt kommt der letzte Gang.“

Um 2 Uhr war er tot. Um 3 Uhr erschien der Aufseher in meiner Zelle, brachte letzte Grüße, letzte Blumen, Zeichen seines letzten

Keinen Augenblick durfte man Mann allein sein. Die Zellen der Hand immer offen und verschiedene Leute, meistens junge Soldaten, kamen, um diesen „blutdürstigen Robespierre“, wie man ihn in München nannte, anzustarren. Das ermüdete ihn sehr, rüttelte furchtbar an seinen Nerven. Er arbeitete sehr viel, las viel mehr als alle Werke, die ihn beruhigten. Er aß und schlief, war befreit seine Kraft zu sparen, damit sie für den letzten Kampf ausreiche, für die letzte revolutionäre Tat — nichta zu sterben. Mit sich war er fertig, für sich wünschte er nichts mehr.

Am nächsten Montag überführte man ihn in das Gefängnis nach Stadelheim und wir durften uns für ein paar Minuten sehen. Dann haben wir uns 10 Tage lang nicht gesprochen, bis zur Festsetzung des Gerichtstages, für den das Todesurteil wahrscheinlich bereits fertig war. Man gewährte uns eine Viertelstunde. Wir sprachen darüber, ob ich auch vor Gericht erscheinen sollte. Die Rechtsanwältin hatten Bedenken. Mein Mann dagegen erklärte: „Wenn es irgendwie geht, kommt da selbstverständlich. Du mußt doch auf meinen Festtag sein.“ Diesen „hohen“ Tag, an dem er zum letztenmal zu den Massen sprechen durfte, empfand er auch als solchen. Er fühlte, daß es sein letzter Tag sein würde. Dennoch hegte er vielleicht etwas Hoffnung. Da die Regierung nicht sofort kurzen Prozeß machte, bekam man den Eindruck, sie wogte den Worten einen Schein gesetzlicher Grundlage nicht zu begeben. Und diese Grundlage war nicht leicht für sie zu finden.

Montag früh durfte er sich von mir verabschieden bevor er zum Gericht geführt wurde. Zum erstenmal war er ohne Ketten. Wir durften uns kaum 2 Worte sagen. Aber auch die bemühte er, um mit mir zu sprechen. Nach der Gerichtsverhandlung konnten wir uns wieder eine halbe Stunde sprechen. Es war Dienstag abt Uhr abends. Mein Mann sah müde und abgepannt aus, erzählte mir aber alle Vorgänge und wiederholte mir fast seine Rede. Der Eindruck, den der Prozeß gemacht hat, wirkte auf ihn zurück. Er befand sich unter Feinden, aber das Verhalten sogar der Feinde, ihre unwillkürliche Achtung und Bewunderung ließ in ihm nicht das Gefühl aufkommen, daß sie ihn morben würden. Er erzählte mir, daß der beiseitende Offizier ihm gesagt hatte: „Das Todesurteil würde ich gegen Sie aussprechen, denn wir können Sie nicht an Leben lassen, aber erbliche Beförderung hätte ich Ihnen nicht abgeprochen.“

Und dann die Freude. Man machte ihm Mitteilung, daß die Arbeiter schon, nachdem der Staatsanwalt das Todesurteil beantragt hatte, von einem Generalstreik kaum abgehalten wären. Auch die Regierung rechnete wohl mit einem Befreiungsverfuch.

Das alles waren Erwägungen von ihm und er befand sich in einem gewissen Siegestaumel. Aber seine Kraft war zu Ende und man fühlte, daß er schon ganz zu Tode würde war.

Dann kamen die Stunden der Erwartung. Ich sah ihn erst am

Breslauer Nachrichten

Der Preussische Landtag zum Verbot der Schlesiſchen Arbeiter-Zeitung

Am Freitag, den 2. Juni ſubſcribte per Abgeordnete Eberhard, R.P.D. an den Zeitungsverboten u. a. aus: Sie verbieten unsere Zeitungen in einer geradezu klandestinen Weiſe. Ich habe z. B. 4 Exemplare der Schlesiſchen Arbeiterzeitung, die täglich gedruckt und nach Breslau geliefert wird, und am Bahnhof von der Polizei unter Führung des berühmten Kriminalkommissars Litz beschlagnahmt. Eine meiner Kollegen hat sich die Mühe gemacht, diesen Kriminalkommissar zu befragen, weshalb er eigentlich die Zeitung beschlagnahmt. Er mußte zugeben, daß er die Nummern 191, 192 und 194 von diesem Monat überhaupt nicht zu Gesicht bekommen hat. Verboten sind sie einfach beschlagnahmt worden, ohne nachzusehen, ob ein Grund zur Beschlagnahme vorliegt.

(Hört, hört). Allein in Nummer 106 hat dieser tüchtige Kriminalkommissar festgestellt, daß da zwei Seiten vorhanden sind, in denen es heißt: „Verwahrung der Arbeiterzeitung“. Das, so sagt er, verstößt gegen § 111 und in der anderen Seite steht: „Proletarischer Selbstschutz“, das verstößt gegen § 130. Deswegen ist die Zeitung beschlagnahmt worden. (Lachen bei den Kommunisten). Na, meine Damen und Herren, wenn ich diese Art Beschlagnahme sehe und die böllig unfähigen Kommissare, die solche Beschlagnahme ausführen, mir vor Augen führe, dann sage ich mir: Es scheint eine gewisse Absicht vorzuliegen, mäßgerechnet Minderwieder, wie diesen Litz zu nehmen, also Kriminalkommissare, die achtsamlos genug sind, jede Beschlagnahme vorzunehmen, ohne in eine Prüfung einzutreten.

Frauenmitgliederversammlung.

Am Donnerstag, 9. Juni, abends 8 Uhr, in der „Favelle“, Ralergasse alle weiblichen Mitglieder der R.P.D. Breslaus bitten teilnehmen.

Aus der Provinz

Die zweite Bezirkskonferenz der Komm. Jugend Schlesiens

am 29. Mai in Breslau statt. Der Schlesiſche Bezirk ist hoch der Reinkunde und der schwächste aller unserer Bezirke, aber die Konferenz bewies, daß auch in Schlesiſen sich die R.P.D. allmählich Bahn bricht, daß auch hier in der Hochburg des Sozialvaterismus unsere Bewegung in Fluß gerät. Die Tagesordnung war folgende:

1. Politische Lage.
2. Bericht der Bezirksleitung.
3. Unsere nächsten Aufgaben.
4. Gegnerische Jugendbewegung.

Von der Zentrale war der Gen. Wiesener anwesend, der bereits am Vorabend einen marxistischen Kursus abgehalten hatte. Die Konferenz wurde abends 6 Uhr mit dem Gesange des Rotgardisten-Marsches geschlossen. Einen Aufruf der Bezirkskonferenz werden wir in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Erreißt der Ziegeleiarbeiter.

In den ersten Bezirken stehen die Ziegeleiarbeiter im Erreiß. Die Verhandlungen über einen Provinzialtarif sind gescheitert. Die Unternehmer kamen sich wunder wie menschenfreundlich vor, denn sie erklärten, trotz der „gefallenen Lebensmittelpreise“ einen Lohnanbau vorzunehmen. Dabei erhalten die Ziegeleiarbeiter einen Stundenlohn von 2-3,40 Mark. Diese „hohen Löhne“ seien besonders schön an der Verteuerung des Bauhaffmaterials.

Die Ziegeleiarbeiter müssen erkennen, daß nur durch einigefamensleben, daß nur durch Zusammenkloß in den Gewerkschaften ihr Los verbessert werden kann. Zugang nach den Orten: Wittmoſer, Seidenhain, Freiburg, Kapan, Leutmannsdorf, Langenbleſau, Kaudendorf, Schweidnitz, Striegen, Ingramsdorf u. fernzuhalten.

Die besten und billigsten Anzüge vollständig außer Konkurrenz

Zwischenhandel ausgeschlossen, da Selbstherstellung bekommen
 Sie nur **Nikoleiſtraße 48** am Königsplatz
 im neu eröffneten Herren-Bekleidungs-Haus
 Große Auswahl in fertigen, modernen Anzügen
 Inh. Hermann Paretzke

Jugend

In einer imposanten Randgebung für die R. J. gestaltete sich die am Sonntag, den 28. Mai stattgefundene öffentliche Jugendversammlung, die die R. J. in Breslau in den Zentralballsaal einberufen hatte. Nach ein Unterſchied zwischen dieser Versammlung und jenen der R. J. Hier eine hauptsächlich begeisterte Kampfsammlung der Jugend, dort ein unproletarisches klassenloses Gefasel von „Freude“, „Geist von Weimar“ und „die Jugend darf nicht mit dem Geiste des Sozialismus vergiftet werden“ usw. Die Versammlung wurde mit dem Kampflied die Rote Fahne eröffnet. Worauf der Referent, Genosse G. Berlin, mit begeisterten Worten deutlich der proletarischen Jugend den Weg zeigte, den sie zu gehen hat. Er wies nach, daß es für das gesamte Proletariat keinen anderen Weg gibt als Untergang oder Kampf. Die proletarische Jugend darf daher keine Hoffnung haben auf Besserung ihrer Lage im kapitalistischen Staat, sondern muß Schulter an Schulter mit dem erwachsenen Proletariat den kapitalistischen Staat stürzen helfen. Den jungen Proletariern der R. J. rief er erneut zu, endlich ihre proletarische Pflicht zu erkennen, sich nicht dauernd verwirren zu lassen durch das Geschrei ihrer Führer. In der Diskussion erregte Kallste, der Vertreter der R. J., der so sehr für das Deutschtum schwärmte, große Seligkeit. Großen Beifall erzielte unser Genosse K. aus Waldenburg, der mit Leichtigkeit den Deutschtumschwärmer oberrichtete. Nach dem Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Komm. Jugendinternationale geschlossen.

Versammlungskalender

Komm. Jugend Breslau, Dienstag, 7. Juni, 7 1/2 Uhr, Funktionärſitzung im Parteilokal. Donnerstag, den 9. Juni: Referat im Minoritenhof.

Internat. Bund der Kriegesbeschädigten, Dienstag, 7. Juni, abends 7 Uhr, Blaues Schiff, Sterrenſtr. 19. Mitgliederversammlung.



Proletarier, Genossen!
 Denkt an die Opfer der weißen Justiz.
 Zeichnet die Listen der „Roten Hilfe“.



Verantw. Red.: Herm. Schabke, Berlin. Berl.: „Die Rote Fahne“, Berlin S 14. Druck Felz Wolf, GmbH., Berlin S 14.

Liebig-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Der große Erfolg des Juni-Programms

M. K. Matthias-Kino
 Matthiasstr. 38
 u. Moltkeſtr. 9.

Die schwarze Schmach
 Ein Notschrei an die Menschheit. 5 Akte.
 Dazu ein gutes Beiprogramm.

Zeltgarten
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Einziges Sommerparthei in Breslau.

Händler! Hausierer!
 kaufen konkurrenzlos billig alle War. (Seite 2,25, Sternwira 38 Pf. bei L. Lehmann, Poststraße 7.

Zähne 6 Mark
 schriftl. Garantie!
 Reparaturen sofort!
 Krause, 20 Jahr. Praxis, Ohlauerſtr. 70.



Dauer-Wäsche
 Richard Schinke
 Breslau, Ohlauer Straße 58



Extra billige Baumwollwaren

- | | |
|---|--|
| Rohwassel, prima süddeutsche Ware, 80 cm breit Mtr. 7.90 | Cretonne, für Bettlaken, weiß gebt., prima elsässische Ware, 135 cm br. Mtr. 22.50 |
| Hemdentuch, mittelkräftige, vorzügl. Qual., 80 cm breit Mtr. 9.50 | Inletts, echt rot und dicht 130 cm breit 28.50 80 cm breit 16.50 |
| Renforcé, erstes Fabrikat, gedrungenes Tuch für Leib- und Bettwäsche Mtr. 11.50 | Körperinlett, echtfarbig und federdicht 80 cm breit Mtr. 19.50 |
| Bettzücken, weiß, gründige pr. Ware hell karierte Muster Mtr. 12.75 | 500 Stück Staubtücher, goldfarbig Stück 2.50 |
| Oxford für Männer- u. Burschenhemden kräft. Qual., versch. Streifen Mtr. 9.50 | |

Extra billige Waschstoffe

- | | |
|---|--|
| Mousseline, dunkelblau mit weiß gestreift und gemustert, 80 cm breit Mtr. 9.75 | Regattastoff für Knabenanzüge, echtfarbige Körperqualität, blau-weiß gestreift Mtr. 16.50 |
| Leinen-Zephir, glatt blau und marine sowie in vielen Streifen Mtr. 13.50 | Kleiderstoff, schwarz-weiß kariert, kräftige Qualität, doppelt breit Mtr. 16.50, 14.80 |
| Perkal, erstes süddeutsches Fabrikat, 60 cm breit, für Oberhemden und Blusen, Streifen und andere Muster Mtr. 14.50 | Cheviot, reine Wolle, marineblau, für Kostümrocke, doppelt breit Mtr. 29.50 |
| Dünnmusseliere in richtiger Auswahl, auf blauem, grünem und roten Grund, bildschöne, neue Muster Mtr. 16.50, 14.50 | wieder eingetroffen Jägerleinen, für Sportanzüge und Sommerkleidung, prima Qualität Mtr. 22.50 |

Trikotagen

- | | | |
|---|---|--|
| Herren-Makohemden gute Qualität, sämtl. Größen, 28,50 Mk. | weiße Trikot-Einsatzhemden feine Reinleinsätze, 37,50 Mk. | Badetrikots für Damen u. Herren, weiß oder schwarz, von 30,00 Mk. an |
|---|---|--|

Kommunistische Literatur

- | | |
|--|---------|
| Marx u. Engels, Das Kommunistische Manifest | M. 2.- |
| Gorter, Der historische Materialismus | M. 4.- |
| Luxemburg, Die Krise in der Sozialdemokratie (Juniusbroschüre) | M. 2.- |
| —, Sozialreform oder Revolution | M. 2.- |
| Radek, Die Entwicklung der Weltrevolution | M. 2.- |
| Spartakusbrieſe | M. 2.- |
| Luxemburg, Rede zum Programm | M. 0.60 |
| Sinowjew, Was d. Kommunistische Internationale war und was sie sein wird | M. 1.- |
| Leinsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale | M. 2.50 |
| Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale | M. 1.- |
| Klara Zetkin, Der Weg nach Moskau | M. 1.- |
| Trotsky, Terrorismus und Kommunismus (Anti-Kaewsky) | M. 4.50 |
| Szaoli, Klassenkämpfe u. die Diktatur in Ungarn | M. 6.50 |
| Varga, Die wirtschaftlich-politischen Probleme der proletarischen Diktatur | M. 3.50 |

- | | |
|---|---------|
| Losowsky, Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften | M. 1.25 |
| Brandler, Gewerkschaften und Betriebsräte | M. 2.- |
| —, Betriebsräte und politische Arbeiterräte | M. 1.50 |
| Schliapnikoff, Die russischen Gewerkschaften | M. 2.- |
| Miljutin, Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjetrußland | M. 3.80 |

Literatur über Sowjetrußland

- | | |
|--|---------|
| J. Lenin und L. Kritzmann, Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland 1917-1920 | M. 11.- |
| Kodes der Arbeit der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik | M. 2.40 |
| Karl Radek, Das dritte Jahr des Kampfes der Sowjet-Republik gegen das Weltkapital | M. 1.- |
| —, An der Schwelle der großen Aufarbeiten in Sowjetrußland | M. 0.50 |
| J. Sapeanow, Über ausländische Konzessionen | M. 1.- |

Aufklärende Schriften

- | | |
|---|---------|
| Lederer, Gott und Teufel im 20. Jahrhundert | M. 1.- |
| Nieuwenhuis, Die Bibel | M. 2.80 |
| —, Der Gottesbegriff. Seine Geschichte und Bedeutung in der Gegenwart | M. 0.75 |
| —, Das Leben Jesu | M. 2.- |
| Wir empfehlen: | |
| Hollischer, Drei Monate in Sowjetrußland | M. 21.- |
| Nexö, Der Morgen graut | M. 11.- |
| Luxemburg, Briefe aus dem Gefängnis | M. 6.50 |
| Liebknecht, Briefe aus dem Felde und dem Zuchthaus | M. 18.- |
| Soeben erschienen: | |
| Karl Radek, Die Krise in der VKPD | M. 0.25 |
| Kabaktschieff, Die Gründung der Kommunistischen Partei Italiens | M. 1.50 |
| N. Lenin, Die Lehren der Revolution | M. 2.- |
| —, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? | M. 2.- |
| —, Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen | M. 2.- |

Zu beziehen durch: **Kommunistische Bücherei - Breslau V, Gräbschener Str. 45**